

Bezugpreis:

Für den Monat Oktober 20.— M. ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ ...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Nonpareilzelle ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 18. Oktober 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Die Goldschatzanweisungen.

Die Beratung des zurzeit dem Reichskabinett vorliegenden Gesetzentwurfs ...

Die Goldschatzanweisungen sollen als wertbeständiges inländisches Papier ...

Die Sozialisierungskommission, die bekanntlich über die Frage der Valutastabilisierung ...

Deutschlands entspricht und die Deutschland eine Atempause zur Gesundung gewährt ...

Die Kommission gibt dann noch ihrer Auffassung dahin Ausdruck ...

Zum ersten der Wirtschaft die Devisenbeträge zur Verfügung zu stellen ...

Ersparungsmaßnahmen.

WTB. meldet: Unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Leude ...

Der Streit um die Reichspräsidentenwahl.

Volksparteiliche Winkelzüge.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am gestrigen Dienstag ...

Die bürgerlichen Parteien besaßen sich am Dienstag ebenfalls mit der Reichspräsidentenwahl ...

Nach Beendigung der Fraktionskationen des Zentrums und der Demokraten trat die Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft ...

anknüpfen könnten, und auch die Zentrumsvertreter gaben ...

Protest gegen die Rheinlandkommission.

Die Rheinlandkommission in Koblenz hat bekanntlich durch einen unerhörten Eingriff ...

Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags hat eine Große Anfrage über die wirtschaftliche Notlage ...

Die Rheinlandkommission hat die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 21. Oktober ...

Die neueste Lesart über Lloyd George.

Keine Demission, sondern Parlamentsauflösung. Paris, 17. Oktober. (EP.) Der „Temps“ ...

Gegen den Justizmord!

Die Journalistenhege in Bayern.

Intime Kenner der bayerischen Zustände versichern, es sei gänzlich aussichtslos, dem Münchener „Volksgerecht“ ...

Es ist nicht unsere Aufgabe, uns mit den Charakteren von Gargas und Lembke zu beschäftigen ...

Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß im journalistischen Verkehr von Deutschen mit dem Ausland viel gefündigt wird ...

Man kann zur Verteidigung Ludendorffs anführen, er habe geglaubt, den deutschen Interessen zu dienen ...

Es hat dem Ankläger und — wie aus der höchst parteiisch geführten Verhandlung hervorgeht — auch dem Vorsitzenden ...

Geht das Münchener Volksgericht in seiner Parteilichkeit und Verblendung wirklich so weit, die Uebertretung des Gesetzes ...

Aus all diesen Gründen sollte man glauben, daß sich das

Münchener Volksgericht schließlich doch besser zeigen würde als sein Ruf, und daß es vor einem offenkundigen Justizmord zurücktreten würde. Leider berechtigt die Art, wie die Verhandlung geführt wurde, in keiner Weise zu solchem Optimismus. Darum müssen jetzt schon die Kräfte mobil gemacht werden, die dazu berufen sind, den Kampf gegen das Unrecht zu führen, bis es wieder gut gemacht ist.

Gegen das Urteil eines sogenannten Volksgerichts, d. h. eines auf Grund des Artikels 48 eingesetzten Ausnahmegerichts, gibt es formalrechtlich keine Berufung. Wenn sich hinter Fehrenbach und seinen Mitangeklagten die Zuchthausstöße schließen, dann kann nur die Begnadigung sie ihnen wieder öffnen. Auf eine solche Begnadigung, die nur von der bayerischen Regierung ausgehen kann, ist angesichts der politischen Machtverhältnisse in Bayern vorläufig nicht zu rechnen. Desto notwendiger wird es sein, an den Gewissen zu rütteln, die, wenn sie einmal erwacht sind, die Kraft haben, auch die schwersten Kerkerorte zu sprengen.

Kommt das Volksgericht zu dem allgemein befürchteten Spruch, dann vollzieht die bayerische Reaktion — eben in dem Moment, wo sie sich durch die Entfaltung unheimlicher Anklagen verhalten will — einen Akt der Selbstenttarnung, der in der neueren Geschichte kaum seines gleichen hat. Dieser Akt wird nicht ohne politische Folgen bleiben, Folgen, von denen man sich bisher in München noch eine unzureichende Vorstellung gemacht zu haben scheint. Noch lebt, glücklicherweise, in den breiten Massen unseres Volkes ein starkes natürliches Rechtsgesühl, und noch sind wir, trotz alles Treibens der bayerischen Partikularisten, nicht so weit, Bayern als Ausland zu empfinden. Ein Justizmord im Fehrenbach-Prozess wäre eine allgemein deutsche Angelegenheit, und wir vertrauen, daß sich alle rechtlich denkenden Männer und Frauen in Deutschland ihrer mit Leidenschaft annehmen würden. Für sie müßte es dann heißen: „Ein Reich, ein Recht! Und fort mit der partikularistischen Schandjustiz!“

Sturm auf das Polizeipräsidium.

Die beiden Parteien, die sich am Sonntag vor dem Zirkus Busch gegenseitig die Köpfe blutig schlugen, sind jetzt zu einer Einheitsfront zusammengetreten: In einer Phalanx unternehmen Nationalisten und Kommunisten den Sturm auf das Berliner Polizeipräsidium. Schulter an Schulter führen „Tag“ und „rote Fahne“ den Kampf gegen den Polizeipräsidenten Genossen Richter. Es ist schwer festzustellen, nach wessen Darstellung die Polizei sich am Sonntag schwerer versündigt haben soll. Ueber das Miesmaß ihrer Schuld sind sich die beiden Bundesgenossen einig, nur nicht über ihren tatsächlichen Charakter: nach kommunistischer Ansicht hat die Polizei ein Pogrom unter den Kommunisten veranstaltet, nach nationalisistischer Ansicht sich völlig passiv verhalten. Einig sind sich beide Teile aber darin, daß Richter gehen müsse, und eine geschäftige Korrespondenz verbreitet die in solchen Fällen üblichen Gerüchtnachrichten: Die Stellung Richters „gehe als schwer erschüttert“. In „Regierungskreisen“ sei man der Ueberzeugung, daß das Polizeipräsidium völlig verfallen habe. Auch innerhalb der Sozialdemokratie hielte „man“ es für besser, wenn Richter sein Amt niederlegte. Auch Namen für Richters Nachfolger werden bereits angegeben.

Man braucht nun gewiß nicht das Verhalten der Polizei am Sonntag in allen Einzelheiten zu billigen, man kann die Taktik ihres Vorgehens kritisieren, aber eine solche Kritik wird sich in den Grenzen des Vernünftigen zu halten haben. Es geht nicht an, die Dinge so maßlos zu übertreiben, wie das in der Rechtspreffe geschieht. Schon tauchen im „Tag“ wieder die verdächtigen Artikel „aus Kreisen der Schutzpolizei“ auf, die im Grabston die Disziplin innerhalb der Polizei als gänzlich vernichtet hinstellen. Diese Artikel kennen wir seit langem, sie gehen von einer ganz bestimmten Richtung aus. Diesmal erzählt der anonyme Polizeioffizier: die Führer hätten am Sonntag nicht wagen dürfen, auf die Menge geschrien zu lassen, oder sie wären am nächsten

Tage auf die Straße geflogen. Wertwüdig, als bei einer früheren Gelegenheit einmal wirklich geschossen wurde, da war das nach der gleichen Quelle ein Zeichen für die schlechte Disziplin der Schutzpolizei: Denn unter dem alten System habe die Polizei es immer verstanden, ohne Schießen fertig zu werden! Bald so, bald so. . .

Jetzt sollen nach dem „Tag“ eine große Menge „befähigte Offiziere“ ihren Abschied genommen haben, weil sie am Sonntag nicht schießen durften. Mit der Befähigung dieser Offiziere kann es wirklich nicht weit her sein. Denn wie wir von zuständiger Seite erfahren, ist vor dem Zirkus Busch kein einziger Polizeibeamter ernstlich verletzt worden. Unseres Wissens soll die Polizei nur in äußerster Notlage von der Schusswaffe Gebrauch machen. Die „Fähigkeiten“ der Offiziere, die ihren Abschied nehmen, weil sie nicht schießen lassen durften, liegen also keinesfalls auf polizeilichem Gebiete!

Schwindel für Freiheit und Ordnung.

Der Geschäftsführer des „Bundes für Freiheit und Ordnung“ wurde am Dienstag im Polizeipräsidium vernommen. Er wurde besonders darüber befragt, ob Gesandter Dr. Pfeiffer und Herr Rektor Kopsch noch Vorstandsmitglieder in dem Bund befehlen. Nach Meldung der V.S.-Korrespondenz bejahte der Geschäftsführer diese Frage. — In ausführlichem Gesehens hierzu steht ein Schreiben, das Herr Rektor Kopsch an uns richtet und das sagt:

In der Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom 17. Oktober werde ich als Vorstandsmitglied des Bundes für Freiheit und Ordnung bezeichnet. Diese Behauptung ist unrichtig, ich bin weder Vorstandsmitglied noch überhaupt Mitglied des Bundes. — Als vor ungefähr Jahresfrist der Bund gegründet wurde, suchten mich politische neutrale Herren auf und baten mich, in der Gründungsversammlung eine Ansprache zu halten. Sie erklärten dabei, daß der Bund in keiner Weise Parteipolitik treibe; er umfasse Angehörige aller Parteien. Auch die mir vorgelegten Satzungen waren in diesem Sinne gehalten. In der Gründungsversammlung erfolgte dann von östlicher Seite bei meinen Ausführungen ungebührliche Zwischenrufe, die der Vorstand aufs lebhafteste bedauerte. Auch in einem Berichte des Vorstandes wurde diesem Bedauern Ausdruck gegeben. Von der letzten Versammlung im Zirkus Busch habe ich erst am Montag durch die Zeitungen Kenntnis erhalten.

Herr Kopsch bestreitet also in der entschiedensten Form, Vorstandsmitglied des Bundes zu sein. Der Geschäftsführer des Bundes aber bejaht einer Behörde gegenüber ausdrücklich die Frage, ob Herr Kopsch noch Vorstandsmitglied sei. Dieses Verhalten wirft ein neues sehr bezeichnendes Licht auf die Gesellschaft, die sich da unter dem Deckmantel der „Freiheit und Ordnung“ zusammengefunden hat.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat im Hinblick auf den eigentümlichen Charakter der Versammlung des „Bundes für Freiheit und Ordnung“ folgende Anfrage eingebracht:

Ist die Regierung bereit, im Sinne des Reichsvereinigungsvertrages für die Sorge, daß öffentliche Versammlungen nur von Unbewaffneten abgehalten werden? Ist die Regierung bereit, jeder Art von sogenanntem Selbstschutz und terroristischer Selbsthilfe mit durchgreifenden Mitteln entgegenzutreten? Ist die Regierung bereit, den Bund für Freiheit und Ordnung und ähnliche Organisationsverbände verboten und ihre Zusammenkünfte zu verhindern?

Diese Anfrage wird im Zusammenhang mit der ganzen Angelegenheit am Donnerstag zur Verhandlung kommen.

Unternehmer und Währungspolitik.

Die von der Sozialdemokratie und von den Gewerkschaften geforderte, jetzt von der Reichsregierung teilweise eingeleiteten Währungsmaßnahmen stoßen in allen Kreisen des Unternehmertums auf mehr oder minder scharfen Protest. Das war vorauszu sehen, da man wußte, daß für Großhandel und Industrie längst die Mark als Wertmesser ausgehört hat zu existieren und daß sie nur noch Zahlungsmittel ist. Sie haben sich innerlich mit dem Dollar schon so weit angefreundet, daß man von ihnen nicht erwarten kann,

die sollten nur für die Mark eintreten, wo sich gerade mit dem Dollar das bessere Geschäft machen läßt.

Fast alle Proteste laufen dagegen Sturm, daß nicht rechtzeitig Sachverständige gehört worden seien, ehe die Notverordnung zur Bekämpfung der Spekulation erlassen worden ist. Das ist bei einzelnen ein Irrtum, bei vielen eine bewußte Unwahrheit, denn die Währungsfrage wird nicht seit heute und gestern, sondern gerade von den Sachverständigen zusammen mit der Regierung seit mehr als zwei Jahren beraten. Alle Sachverständigen waren sich seit langem darüber einig, daß die Mark unter den gegenwärtigen Verhältnissen und unter dem Druck des Pariser Diktates fallen müsse. Ja vor einem Jahre, als man den Entwurf Hagenburg zur Aufnahme einer Goldanleihe durch Belastung der Sachwerte im Reichswirtschaftsrat annahm, war man sich darüber einig, daß man in Notfälle auch eine großzügige Stützungaktion zur Rettung der Mark machen müsse. Auch darüber ist ein Jahr vergangen, und die Mark auf den zehnten Teil des damaligen Wertes gesunken. Alle Versuche der Regierung, einzugreifen, stießen jedoch in der Öffentlichkeit auf schärfste Ablehnung der Banken und der Industrie — also der jetzt so protestlustigen Kreise —, die bisher ja und auch noch später im Reichswirtschaftsrat Gelegenheit hatten, die Fälle ihrer Sachkenntnis dem deutschen Volke vorzuführen. Was aber ist geschehen? — Noch heute redet man. Und jeder Schritt, der in Vorschlag gedrückt wird, ist nur dazu da, um durch endlose Sachverständigenberatungen verschleppt zu werden, während sich die Mark weiter verschlechtert.

Banken und Industrie mit ihrer fruchtlosen Kritik und ihrem Mangel an jeglicher Entschlußkraft für die Stützung der Währung einzutreten und die notwendigen Maßnahmen für den Fall katastrophaler Bewegungen am Devisenmarkt rechtzeitig vorzubereiten, sind es, die die Regierung gezwungen haben, auf dem Wege der Verordnung vorzugehen. Es wäre ein Verbrechen gegen das Volk gewesen, hätte man die Frage noch weiterer Verschleppung ausgelegt.

Und es wäre ebenfalls ein Verbrechen gegen das Volk, wenn man jetzt, nachdem die ersten tastenden Schritte getan sind, abwarten wollte, ob sich vielleicht ein Kreis von Sachverständigen findet, der innerhalb weniger Tage die nötigen Vorbereitungen trifft. Die Not ist so groß, die Gefahr eines neuen Sturzes der Mark so nahe, daß man nicht mehr zögern darf, sondern daß weitere Maßnahmen sofort getroffen werden müssen.

Das Spiel mit der Baluta, an dem sich ja gerade diejenigen Kreise so bereichert haben, die jetzt das Bedürfnis nach Protektion empfinden, ist ein Spiel mit der Lebenshaltung des Volkes, ein Spiel mit der Produktionskraft. Das Volk kann nicht abwarten, bis es den Unternehmern von Industrie und Handel vielleicht einmal gefällt, auf die Steigerung der Mark zu spekulieren. Darauf hat es bis jetzt drei Jahre vergeblich gewartet. Und wenn diese Stimmung einmal da sein sollte, dann bedarf es keiner Stützungaktionen für die Mark mehr. Wenn aber die Regierung jetzt nicht entschieden zugreift und zu der Devisennotverordnung die bereits im Kabinett beschlossene Ausgabe von Goldschagwechsell, sowie eine Vereinfachung von Mitteln zur Stabilisierung der Baluta hinzufügt, so trifft sie die Verantwortung und keine Berufung auf Sachverständige, die nicht arbeiten wollten, als man sie dazu einlud, wird sie davon rein waschen.

Lage und Hege. In der Schlussphase unseres Berichts über das Referat des Genossen Hülserding vor der Berliner Funktionären hat sich ein schelmischer Druckfehler eingeschlichen. Hülserding sprach nämlich mit der Erklärung, daß die Sozialdemokratie die Verantwortung nicht würde weiter tragen können, wenn man unseren Forderungen nicht dermaßen Rechnung trage, daß die innen- und außenpolitische Lage für uns halbwegs erträglich werde. Der Druckfehler warf aus der „Lage“ eine „Hege“ gemacht. — Daß die oft unerträgliche Hege gegen die Sozialdemokratie niemals aufhören dürfte, glauben wir kaum. Daß sie aber endlich nachlassen wird, sobald unsere Lage erträglich wird, läßt sich mit einiger Sicherheit voraussagen.

Der Psychotechnische Kongress.

Vom 10. bis zum 14. Oktober fand in Berlin eine Tagung der Gesellschaft für angewandte Psychologie statt, verbunden mit Besichtigungen. Die Zusammenkunft mit auswärtigen und ausländischen Berufspsychologen führte zum Gedank- und Meinungsaustausch und gab einen Ueberblick über den jetzigen Stand und die nächsten Bestrebungen der experimentellen Psychologie.

In der Praxis und für die Praxis am besten bewährt hat sich die Psychotechnik als Konkurrenztausele, wenn aus einer großen Anzahl von Personen eine kleinere Gruppe der Bestbegabten für den Beruf ausgewählt werden soll. Denn die Feststellungen an den psychotechnischen Apparaten ergeben viel weniger die psychischen Fähigkeiten des Menschen als einfach seine praktische Leistungsfähigkeit. Sobald der Prüfungsleiter mehr herauslesen will, ist er auf seine Beobachtungsgabe, auf seine psychologischen Erfahrungen, auf das Wie der Versuche angewiesen.

Deshalb steht die Psychotechnik in ihrem zweiten großen Anwendungsgebiet noch ziemlich im Anfangsstadium. Sobald sie die Anlagen eines Menschen feststellen soll, um danach den ihm bestgeeigneten Beruf zu bestimmen, stößt sie auf vielerlei Schwierigkeiten. Erstens hat sie für die Bestimmung der Anlage nicht genügend ergabte Methoden. Zweitens ist die Verfassanalyse auch noch sehr unvollkommen. Drittens ist die psychologische Berufsberatung durch die praktischen Verhältnisse gehemmt. Was nützt die beste Eignung, wenn der Arbeitsmarkt überfüllt ist, wenn in dem Beruf kein Fortkommen möglich ist?

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit der Zusammenarbeit des Psychologen mit dem Nationalökonom, wie sie sich vorher mit den Vertretern der einzelnen Berufe zu deren Analyse gezeigt hat, und die Berufsberatung rückt aus einer behördlichen Nebenstelle zu einer wichtigen volkswirtschaftlichen Einrichtung hinauf.

Als ein weiterer zur psychischen Bestimmung notwendiger Zweig, der noch stark ausbaubedürftig ist, entwickelt sich in der letzten Zeit die pädagogische Beobachtung in den Schulen durch die Lehrer. Auch sie kann nur eine Schülerei, aber nicht eine Individualitätenbegutachtung sein. Und so bleibt dem Psychologen als die letzte Möglichkeit für tieferes Eindringen in das Menschliche die diagnostische, die ärztlich-klinische Beobachtung, die immer von dem subjektiven Können des Prüfenden abhängt und in der Praxis außerdem an der notwendigen Dauer der Beobachtung scheitert. Jedoch schon das Bedürfnis, in dem Menschen nicht bloß eine Berufsmaschine zu sehen, das Verständnis für die Notwendigkeit des Erkennens der menschlichen Qualitäten beim einzelnen, bedeutet einen großen Fortschritt auf dem Gebiete der Psychotechnik.

Das Ergebnis sind nun zwei Wege des Forschens. Erstens die Spezialisierung: das systematische, genaue Zerlegen der Berufstätigkeiten, der Fähigkeiten manuelle und psychischer Art,

die ihnen zugrunde liegen, und der Bau der Apparate zu deren Feststellung. Zweitens die Systematisierung: das Zusammenfassen der Einzelleistungen und Einzelleistungen zum Persönlichkeitsbild, das Fällen eines Gesamturteils auf Grund der ärztlich-klinischen, pädagogischen und symptomatischen Begutachtung, und dann erst die Aufstellung der Tests für die Begabung. Beide Wege führen zu dem Ziel, die Psychologie für die Praxis auszubauen und beide werden eifrig verfolgt werden. Sie werden aber nur für die Allgemeinheit gelten, denn wo der Beruf zur Berufung wird, wird die Individualität sich in dieser einen Richtung durchsetzen oder zugrunde gehen.

Billige Totenläden. „Kinder, kauft Euch Kämmе, es ist 'ne lauffe Zeit“ . . . diese höflich-süßlichen Worte machten auf uns stets tiefen Eindruck, und wir sahen im Geiste eine Jungfrau a la Lorelei auf einem Fiebelstall sitzen, sich kämmend, sich 1 . . . oder wieviel Kämmе wären heute wohl nötig, um die Zeit von allen Aspekten zu befreien?

Nach diesem Präliminar kommen wir zu dem Dorfe, das einen so wohlwollenden, fürsorglichen Gemeinderat besitzt, daß seine Bauern mit Särgen bei Beerdigungen bedacht werden, da ja die fortschreitende Teuerung das Schlimmste ahnen läßt. Das Dorf ließ sich von allen Himmelsrichtungen Preislisten kommen, und nun sind 300 Säрге empotriffen. In Mengen bezogen billiger, reseller, wenn auch Stapelartikel. Die Bauern können nun wählen: Wer dünn ist und eine dünne bessere Hälfte besitzt, kalkuliert der Billigkeit halber, ob zwei . . . vorausgesetzt, daß sie zusammen sterben, diese zwei.

Und der Ausschreiber kündigt an, daß am Sonntag gegen 10 Uhr jeder seinen Sarg gegen Vorzahlung im Spritzenhaus abholen kann. Wenn aber Cholera, Pest, Influenza oder sonst eine Epidemie ausbricht . . . wenn das Rassensterben beginnt . . . wenn der Sarg 20 oder 30 im Leidenhaus stehen . . . und da ein Sarg wie der andere aussieht, was dann?

Wird da nicht faßlich begraben werden? Herrn Müllers Erben werden bei Schulze weinen und Schulzes Erben bei Bedwards . . . Auch das Sterben und das Begrabenwerden hat seinen Humor! Dafür sorgte der Gemeinderat aus einem Thüringer Dorf. est.

Iron Venus im höchsten Glanze. Eines vom 20. Oktober ab wird unser Nachbarplanet Venus am Abendhimmel in ganz besonderer Helligkeit erscheinen. Sie tritt dann der sogenannten unteren Sonnenkonjunktion zu, die am 25. November eintritt. Während der Konjunktion selbst ist sie natürlich für uns unsichtbar, aber am 31. Dezember erscheint sie wieder in höchstem Glanze, diesmal als Morgenstern. Die Astronomen haben berechnet, daß sie dann 6mal so hell ist als der Stern erster Größe Arktur. Ihre Helligkeit wird auf 4,3 angegeben. Man unterscheidet bekanntlich unter den Fixsternen des Himmels Sterne erster, zweiter, dritter usw. Größe. Die Sterne erster Größe sind die hellsten, die zweiter etwas weniger hell, und die sechster Größe sind gerade noch mit bloßem Auge wahrnehmbar, das Fernrohr macht noch Sterne bedeutend niedriger Größe sichtbar. Da nun die hellsten Sterne mit der Eins bezeichnet sind, bleibt nichts weiter übrig, als Sterne, die noch heller strahlen (wie in diesem Falle die Venus), mit einem Minus-

zeichen zu versehen. Heller als ein Stern erster Größe wäre zunächst einer mit der Helligkeit Null, dann folgt —1, —2 usw. Die Bezeichnung ist gewiß eigenümllich, aber man muß sich daran gewöhnen.

Die Venus würde in ihrer Sonnennähe sogar noch viel heller sein, wenn wir ihr ins Gesicht sehen könnten, aber wir schauen nur eine Scheibe, die im Fernrohr einen hübschen Anblick bietet. Die Phosphor nimmt allmählich ab und entspricht im Aussehen dem zunehmenden Monde; die konvexe Seite ist natürlich der Sonne zugekehrt. Leider können wir auf der Erde während der unteren Konjunktion von der Venus gar nichts sehen, da dieser zwischen der Erde und der Sonne wandelnde Planet uns dann die gänzlich unbelichtete Seite zukehrt. Aber wenn wir selbst die Venus in dieser Lage beobachten könnten, hätten wir doch keinen Vorteil davon. Die Venus ist ganz von Dämpfen eingehüllt, ein dichter Wolkendimmel umgibt sie ständig, durch den wir nicht hindurchsehen können. So kommt es, daß wir von der Oberfläche unseres inneren Brudersplaneten überhaupt noch nichts wissen, während der fast wolkenlose Mars uns doch schon einiges von seiner Beschaffenheit verraten hat.

Das Mikrophon als Schaffner. Ein neuerlicher Versuch wird gegenwärtig, wie die „Reichszentrale für Deutsche Verkehrsverbände“ mitteilt, in Hamburg unternommen; die Elbstadt hat häufig unter starkem Regen zu leiden, so daß es den Fahrgästen der örtlichen Verkehrsmittel zuweilen schwer ist, die Stationsnamen zu erkennen; das Ausrufen der Haltestellen würde eine Vermehrung des Personals bedingen, und deshalb will man sich versuchen, den Fernsprecher in den Dienst des Verkehrs zu stellen. Die Hamburger Hochbahngesellschaft hat in einem Probezug am Führerstand ein Mikrophon anbringen lassen und in jedem Wagen zwei laut sprechende Fernsprecher, die durch das Mikrophon betätigt werden; der Führer spricht rechtzeitig vor der Einfahrt in einen Bahnhof den Namen der Station in das Mikrophon, und in jedem Wagen ist seine Stimme, bedeutend verstärkt, zu hören; der Führer weiß auch auf das Umsteigen hin und kann bei Verkehrsstockungen und Unfällen besondere Maßnahmen oder Warnungen dem ganzen Zug bekanntgeben. Von dem Ergebnis der Versuche, die dieser Tage begonnen haben, wird es abhängen, ob die Neuerung allgemein durchgeführt werden wird.

Schießplanänderung. Am Deutschen Theater geht „Der Hund der Jugend“ Donnerstags, Abends 8 Uhr, und am Sonntag in Szene. — In den Kammerbühnen wird „Das Glas Wasser“ von Donnerstag ab Abend 8 Uhr aufgeführt. Die Premiere von „Zimourens in flagranti“ ist auf den 25. angesetzt. — Das Theater in der Königsruher Straße gibt Freitag die „Nadin von Toledo“ und Sonnabend „Kapellmeister Kreutzer“.

Psychologische Gesellschaft. Am 19. abends 8 Uhr, wird im Schnitzsaal der Gemeindegasse 20, Reichstraße 43, der für die Erforschung des Intellektus gewählte Ausschuss in der Psychologischen Gesellschaft Bericht erstatten. Götze haben Zutritt.

Eine Hauptmann-Frieder veranstaltet der republikanische Jugendbund „Schwarz-Rot-Gold“ am 19. abends 7 1/2 Uhr im Schwedensaal, Viktoria-Platz, eine Konzezt. Konrad Odenrich wird die Reden halten. Karten von 12—50 M. bei Westheim, Sots & Sots und an der Abendkasse.

Bruno S. Bärzel gibt Donnerstags, 19. Oktober, abends 8 Uhr, im Langensiedel-Haus, Lützenstraße 58, einen Lichtbildervortrag über „Die Geheimnisse einer Welt“.

Auf dem Dummenfang.

Kommunistische Schwindelnummern.

Das Blatt der Kommunisten übertrifft sich jeden Tag auf neue in phrasenreichen Ergüssen gegen den Kapitalismus und die Kapitalisten. Daneben übt es sich in Schimpfworten gegen die große Sozialdemokratische Partei und ihre Beauftragten.

So im redaktionellen Teil. Die geschäftliche Seite des Blattes aber wirft sich an die Kapitalisten heran, soweit sie als Inserenten in Frage kommen, und bringt sich in empfehlende Erinnerung nach Art gewisser — Hausierer. Das folgende Schreiben fliegt uns auf den Redaktionstisch:

„Die Rote Fahne“ Berlin SW. 48, den 6. Oktober 1922.
Friedrichstr. 225.

Wie Ihnen bekannt sein dürfte, hat die Tageszeitung „Die Freiheit“ ab 1. d. Mts. ihr Erscheinen eingestellt.

Die bisherigen Leser dieser Zeitung, welche den Kreisen der Hand- und Kopfarbeiter angehören, sind fast restlos Abonnenten der „Roten Fahne“ geworden.

„Die Rote Fahne“ hat dadurch einen gewaltigen Aufschwung bezüglich der Höhe ihres Leserkreises erhalten; sie ist jetzt das einzige Blatt der werktätigen Bevölkerung Groß-Berlins.

Wollen Sie in diesen Kreisen Ihr Absatzgebiet erweitern, so wäre es vorteilhaft, wenn Sie in Zukunft die „Rote Fahne“ zu Ihren geschäftlichen Ankündigungen benutzen würden.

Unsere alten Inserenten haben uns wiederholt bestätigt, daß die „Rote Fahne“ ein äußerst wirkungsvolles Inseritionsorgan ist.

Wir stehen gern mit näheren Details und Vertreterbesuch zur Verfügung und sind Ihres baldigst. Bescheides gewärtig.
Hochachtungsvoll

„Die Rote Fahne“
Anzeigen-Abteilung
(Unterschrift)

Unbel. 1 Karte.

Der Brief ist ein Musterbeispiel kommunistischer Wahrheitsliebe. Die „Anzeigen-Abteilung“ denkt augenscheinlich, daß sie das gleiche Recht habe, wie die politische Zeitung, im Sinne Venins „durch List und Verschweigung der Wahrheit“ zu wirken. Nur hat sie das gute deutsche Sprichwort vergessen, daß Lügen kurze Beine haben.

Sie redet den Geschäftslenten vor, daß die Abonnenten der „Freiheit“ fast restlos (!) Leser der „Roten Fahne“ geworden sind und daß daher das Kommunistenblatt „einen gewaltigen Aufschwung“ erfahren habe. Noch in den letzten Septemberberichten aber konnte man im politischen Teil derselben „Roten Fahne“ lesen, die „Freiheit“ hätte nur noch 7400 Abonnenten. Wenn die Behauptung der „Anzeigen-Abteilung“ also richtig wäre, bedeuteten demnach rund 7000 neue Leser einen „glänzenden Aufschwung“ für die „Rote Fahne“. Wie miserabel muß danach der bisherige Abonnentenstand des Blattes gewesen sein!

In Wahrheit ist natürlich die ganze Behauptung der „Anzeigen-Abteilung“ ein ebenso dreister Schwindel, wie die falsche Behauptung der politischen Abteilung. Ob die „Rote Fahne“ von den früheren „Freiheit“-Lesern überhaupt einen neuen Abonnenten gewonnen hat, können wir nicht wissen. Indessen ist es jeden Augenblick ziffernmäßig nachzuweisen, daß von den bisherigen „Freiheit“-Abonnenten mehr als 95 Proz. für Oktober schon den „Vorwärts“ bezahlt haben! Und daß die 7400, von denen die „Rote Fahne“ sprach, nur einen sehr kleinen Bruchteil der wirklichen Auflage der „Freiheit“ bilden, sei lediglich der Vollständigkeit halber erwähnt, um die ganze Wahrheitsliebe der Kommunisten erneut zu kennzeichnen.

Königliche Gerichtsschreiber.

Uns liegt ein größerer Briefumschlag des Landgerichts III in Berlin-Charlottenburg, Legeler Weg 17-20, vor, mit Untertitel 37 R. 18220 und Poststempel vom 4. Oktober 1922, der die handschriftliche Adresse trägt:

An das Königl. Amtsgericht
in Frankenstein.

Nach vier Jahren Republik können wir uns nicht mehr mit der üblichen amtlichen Ansrede begnügen, daß es sich dabei um ein „bedauerliches Versehen“ einer subalternen Schreibkraft handele. Hier heute noch in einer Amtsstube sitzt und derartige Adressen schreibt, muß offenbar gegen die Republik demonstrieren. Dann soll er aber auf sein Gehalt als Staatsbeamter der Republik verzichten.

Wir verlangen, daß die zuständige Justizbehörde dem Fall nachsiehe und den Königlichen Gerichtsschreiber schiele — was ihr angeht — unserer Angaben nicht schwer sein dürfte, wenn sie nur will, — und das neue Beamtengesetz zum Schutz der Republik entsprechend anwendet. Erst wenn ein Exempel statuiert und öffentlich bekanntgegeben wird, wird der Standal aufhören, daß Beamte vier Jahre nach der Revolution bei größeren und kleineren Amtshandlungen die Republik straflos verhöhnen zu können glauben.

Umgehung des Grundschulgesetzes.

Die Reichsregierung hat auf eine Anfrage der Genossen Löwenstein, Hellmann und anderer betr. Umgehung des Grundschulgesetzes u. a. folgendes geantwortet:

Das Gesetz vom 28. April 1920 betr. die Grundschulen und Aufhebung der Vorschulen ist in der Mehrzahl der Länder ohne besondere Schwierigkeiten durchgeführt worden. Der Reichsregierung ist es aber andererseits bekannt, daß häufig versucht wird, das Grundschulgesetz zu umgehen. Dies geschieht sowohl dadurch, daß die Privatschulen entgegen der Vorschrift des § 2 Abs. 2 des Gesetzes ihre Schülerzahl vergrößern, als auch durch Erteilung von Privatunterricht oder durch Einrichtung von privaten Schulzirkeln oder Familienschulen in Häusern, die nach § 4 des Grundschulgesetzes nicht gerechtfertigt sind. Um Mißstände von dieser Art zu vermeiden, hat das Reichsministerium des Innern sich wegen aller ihm anfallend zur Kenntnis gebracht. Ferner hat sich der Landesregierungen in Verbindung gestellt. Ferner hat sich der Reichsausschuß, in dem die Unterrichtsverwaltungen aller Länder unter Vorsitz des Reichs vertreten sind, auf allen Tagungen mit der Grundschulfrage befaßt und sich stets für eine gewissenhafte Durchführung des Grundschulgesetzes ausgesprochen. Bei seinen letzten Verhandlungen im April d. J. hat er eine Entschließung angenommen, in der die energische Bekämpfung von Umgehungen des Grundschulgesetzes gefordert wird.

Um die Landesregierungen erneut auf die der Grundschule in einzelnen Fällen drohenden Gefahren aufmerksam zu machen, wird die Reichsregierung ihnen Abschriften der Anfrage sowie der erteilten Antwort mit einem Begleitschreiben übersenden. Der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung wird dabei um Stellungnahme zu den in der Anfrage erwähnten Verhältnissen in Berlin gebeten werden sowie darum, gegebenenfalls gegen die Umgehungen der Vorschriften des Grundschulgesetzes innerhalb seiner Unterrichtsverwaltung vorzugehen.

Paul Wegmann, der nach dem Tode Ernst Däumigs Reichstagsabgeordneter geworden ist und erst kurz vorher mit der KPD wieder zur U.S.P. zurückgekehrt war, hielt als einziges Mitglied der ehemaligen U.S.P.-Fraktion neben Ledebour außerhalb der Vereinigten Sozialdemokratie.

Wiederbeginn der Parlamente.

Neukonstituierung der Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat gestern Dienstag nachmittag zusammen. Einstimmig wählte die Fraktion einen Vorstand aus 15 Mitgliedern. Zu Fraktionsvorsitzenden wurden ebenfalls einstimmig gewählt die Genossen Hermann Müller, Dittmann, Wels, Scheidemann und Henke. Geschäftsführende Vorsitzende sind die Genossen Hermann Müller und Dittmann.

Ferner beschloß die Reichstagsfraktion die Bildung von 14 Ausschüssen zur Vorbereitung der parlamentarischen Arbeiten.

Das Sekretariat der Fraktion soll in Zukunft mit zwei Sekretären besetzt werden. Zu Sekretären wurden gewählt die Genossen Rahmann und Dr. Herj.

Während bisher immer erst dem Parteitag ein abschließender Bericht über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion vorgelegt wurde, soll der Fraktionsbericht in Zukunft in drei Teilen erscheinen, und zwar am 31. Dezember, am 31. März und am Schluß der Sommertagung.

Anfragen im Reichstag.

Präsident Eöde eröffnet die 257. Sitzung des Reichstags mit einem Nachruf für die verstorbenen Abg. Riese (Soz.) und Pinkau (Soz.). Abg. Riese war Alterspräsident des Reichstags und bereits 77 Jahre alt, als er 1920 ins Parlament gewählt wurde. Auf der Tagesordnung stehen zunächst 18 kleine Anfragen. Der größte Teil von ihnen ist bereits überholt oder während der Sommerferien schriftlich beantwortet worden. Das Reichsinnenministerium erklärt, daß es nicht in der Lage sei, für Fabriken im Interesse der Jugendpflege nur ein Viertel der tarifmäßigen Fahrpreise zu erlassen. — Auf eine Anfrage des Abg. Unterleitner (Soz.) über monarchistische Demonstrationen der Reichswehr

bei Regimentskern in Passau, München und Regensburg erklärt das Reichsinnenministerium, die eingeleiteten Untersuchungen hätten ergeben, daß die Anträge von falschen Voraussetzungen ausgeht und daß sich die geschilderten Vorgänge wesentlich anders abgespielt hätten. Zum Einschreiten liege kein Anlaß vor. — Auf eine Anfrage des Abg. Riese (Soz.) teilt das Reichspostministerium mit, daß in Zukunft Briefumschläge, die, wie in dem in der Anfrage erwähnten Fall, Schmähdungen der Republik tragen, nicht mehr befördert werden dürfen. — Auf eine Anfrage des Abg. Rubeil (Soz.) teilt das Reichsjustizministerium mit, daß gegen den Postdirektor Jangemester in Gotha wegen des Waffenschatzes in seiner Wohnung und seiner Zugehörigkeit zum Jungdeutschen Orden nicht eingeschritten worden ist. Die Waffen waren zum Teil unbrauchbar, zum Teil Jagdwaffen; der Jungdeutsche Orden ist in Thüringen aufgelöst und außerdem widersprechen dessen Satzungen nicht den Pflichten eines Beamten. — Auf eine demokratische Anfrage antwortet das Reichsjustizministerium, daß gegen diejenigen Personen, die in der Nacht zum 30. Juni in der Wohnung des Fabrikanten Philipp Heffnerich in Reußstadt eingedrungen sind, die Voruntersuchung eröffnet worden ist. — Eine Anfrage der Kommunisten führt Beschwerde über die sogenannte

Zopfabschneide-Kommission des Schlosshutes in Oberschlesien und ihr Einbringen in die Druckerei der „Roten Fahne“ in Gleiwitz. Wegen der Gleiwitzer Fälle ist nach der Antwort des Reichsministeriums des Innern gegen fünf Beschuldigte ein Strafverfahren eingeleitet worden. Die Schuld an der Tätigkeit der Zopfabschneide-Kommission falle auf die Interalliierte Kommission. (?) Seit dem Einrücken der deutschen Polizei habe man von der Tätigkeit dieser Kommission nichts mehr gehört.

Präsident Eöde gibt einem Wunsche des Reichstagsausdrucks, die kleinen Anfragen künftig auf ein Mindestmaß zu beschränken. In allen drei Reden wird das Gesetz über die Gebühren in

Beginn der Räumung Thraziens.

Paris, 17. Oktober. (E.) Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, hat die griechische Räumung Thraziens begonnen. Die alliierten Truppen haben am 15. Oktober um Mitternacht ihren Vormarsch begonnen. Beim Ueberschreiten der Demarkationslinie ereigneten sich keinerlei Zwischenfälle. Am 15. Oktober reisten 52 italienische und französische Soldaten nach Throno und Icherakof ab, um bis zum Eintreffen der türkischen Gendarmen die Ordnung aufrechtzuerhalten. Die englischen Truppen besetzten die Ortschaften am Marmarameer. Der neue Gouverneur Thraziens, Chafik Bei, der sich gegenwärtig in Konstantinopel befindet, trifft die letzten Maßnahmen für die Räumung. Alliierte Kommissare sind in Adrianopel, Rodosto und in vier anderen Ortschaften eingetroffen.

Französisches Liebeswerben um Rußland.

Paris, 17. Oktober. (E.) Anlässlich der Rückkehr Herriots befaßt sich der „Temps“ mit der russischen Frage. Das Blatt schreibt, es müsse als sonderbar angesehen werden, wenn man in Deutschland glaube, daß eine russisch-französische Verständigung die deutschen Pläne in Rußland über den Haufen werfen werde. Es dürfe aber gesagt werden, daß die Möglichkeit einer Verständigung zwischen Frankreich und Rußland in dem Maße wachsen würde, als die Regierung von Moskau das nationale Interesse Rußlands verteidigen werde, denn die Rechte der russischen Nation seien von den gleichen Kombinationen bedroht, die die Rechte Frankreichs bedrohen. Seit da Rußland seinen Platz in der europäischen Politik wieder zurückgewonnen habe, könne es diese Politik nicht so ansehen, als ob sie Rußland nicht interessieren würde. Es würde z. B. seinen Interessen nicht dienlich sein, wenn das Reerengenabkommen ohne seine Zustimmung abgeschlossen werde. Auch müsse man sich fragen, ob es seinen Interessen entspreche, wenn Deutschland vor ihm in den Völkerbund aufgenommen werde.

Die polnisch-französische Allianz.

Warschau, 17. Oktober. (E.) Ueber das Ergebnis der Pariser Reise des polnischen Generalkonsuls Sitoriski meldet die offizielle „Poln. Telegraphen-Agentur“ in den Verhandlungen Sitoriski mit den Vertretern des französischen Militärs sei beschlossen worden, die bisher 90 Offiziere zählende französische Militärmission in Polen allmählich wesentlich zu vermindern. Dafür soll die Zahl der polnischen Offiziere, die in Frankreich ausgebildet werden, erhöht werden; die Pariser Verhandlungen haben ferner sich auf das Zusammenwirken der Generalstäbe beider Länder und auf die Fragen der technischen Hilfsmittel und der Herstellungsindustrie erstreckt.

Amerika sieht nicht abseits. Auf Veranlassung des U.S.P.-Volkschatters Doughton treten in Berlin — wie die „Voll. Zig.“ meldet — die nordamerikanischen Vertreter in den Staaten West- und Mitteleuropas zusammen.

Musterregisterfächer (Erhebung auf das Finanzjahr mit Ermächtigung zu weiteren Erhebungen) angenommen.

Der Gesetzentwurf über die Abgaben auf dem „Kaiser-Wilhelms-Kanal“ geht nach einer Bemerkung des Abg. Thomas (Komm.), der Umzeichnung in „Nord-Ostsee-Kanal“ wünscht, an den Haushaltsausschuß.

Mittwoch 2 Uhr: Interpellation über die Sonntagsgänge am Zirkus Busch und über die Rot der Wissenschaft. Besetzungsgesetz und Nachtragsetz, Getreideumlagegesetz. Schluß 4 1/2 Uhr.

Lärmstößen im Landtag.

Als gestern, Dienstag, der Preussische Landtag wieder zusammentrat, stand Kay (Komm.) schon auf den Stufen zur Rednertribüne, als Präsident Reinert kurz nach 2 Uhr die Sitzung eröffnete. Sofort Geschäftsordnungsdebatte; aber die Schreie und Flüche des kommunistischen Redners waren zu gemacht, um wirken zu können. Kay schreit zur Rechten hinüber, Gelächern hätten im Zirkus Busch am Sonntag den bewußten Kampf gegen die Republik eröffnet. Die Rechte freut sich über den ihr angebotenen Löwenst und lacht. Die Degeß — ruft Kay — hat den Sieg der Rothenauwörter in Leipzig gefeiert und den „Massenschlächter Hindenburg“ zum Reichspräsidenten vorgeschlagen. Durch die bürgerlichen Bänke geht die oft geübte Welle der Entrüstung und Kay erhält einen Ordnungsruf. Er bringt nun schnell den Antrag heraus, der das Staatsministerium auffordert, den Berliner Polizeipräsidenten abzusetzen, alle verhafteten Arbeiter zu entlassen, die Beschädigten an Staatsmitteln zu entschädigen, den Bund für Freiheit und Ordnung aufzulösen und in Preußen eine Arbeiterwehr zu schaffen. Schließlich entlehnt ihm der Präsident das Wort. Die Redezeit ist abgelaufen. Schon steht Dr. Derberg (Dmal.) oben, kommt mit einem ganz anderen Thema und die Koch-Atmosphäre löst sich auf.

Derberg bedauert, daß die Interpellation über das besetzte Gebiet noch nicht zur Verhandlung kommt. Raum ist er fertig, eilt Schölen (Komm.) auf die Tribüne, um nochmals Stimmung zu machen. Er tobt vor allem über die Verhaftungen. Aber auch Schölen kann aus der verführten Aktion nichts mehr machen. Was von ihr übrig blieb, wünscht Genosse Heilmann mit ein paar knappen Sätzen hinweg. Der Vellefent — so betonte er — teilt das Bedauern Derbergs und hat dem Ministerpräsidenten den dringenden Wunsch des Hauses ausgesprochen, daß die Rheinland-Interpellation schnellstens zur Sprache kommt. Wenn es muß der Regierung überlassen bleiben, zu beurteilen, wann den Interessen des Rheinlandes besser durch Schweigen oder durch Reden gedient wird. Auch den Wunsch der Kommunisten, die Berliner Vorgänge schnellstens zu erörtern, teilen ja milde Parteien. Keine Parteifreunde vor allem wünschen, daß rasch festgestellt wird, wer bei diesen Verhandlungen eine läche Rolle gespielt hat. Am Donnerstag wird der Minister zur Beantwortung bereit sein. Wenn Schölen befürchtet, daß bis dahin der ganze Apparat der KPD lahmgelegt werde — nun, der Sprachapparat der Herren hier im Hause wird nicht lahmgelegt sein. Die Behauptung, daß irgendwer in unseren Reihen die Aussprüche fürchtet, ist lächerlich.

Nach eines Geschehens bei den Kommunisten, dann wird ihr Antrag, den Sonntagstravall sofort zu beenden, abgelehnt. Die Tagesordnung wird im Flug erledigt. Die Mitteilung des Finanzministers zur Dedungsfrage der Beihilfen für Sozial- und Kleinrentner wird dem Hauptausschuß überwiesen, nachdem noch Genosse Heilmann auf den Widerspruch zwischen dieser Mitteilung und der Erklärung des Finanzministers im Hauptausschuß über den Weg zur Dedung hingewiesen hatte. Angenommen wird der Beamtenausschuß-Antrag, den mit dem Sicherheitsdienst betrauten Beamten der Bergenerämter, einschließlich der Einfahrer, eine besondere Zulage zu gewähren. — Nachdem ein weiterer Antrag der Kommunisten, die Vorgänge am Sonntag als ersten Punkt auf die nächste Tagesordnung zu setzen, abgelehnt war, vertagte sich das Haus auf Mittwoch 12 Uhr. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Erhöhung der Preise für das erste Drittel der Getreideumlage, wofür der Landtag gar nicht zuständig ist.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Dänisches Regierungsprogramm.

Kopenhagen, 17. Oktober. (E.) Im Folkething gab Staatsminister Keergard eine Erklärung ab, in der es heißt: Die jetzige Regierung ist wieder aus der Linten hervorgegangen und wird nach deren Programm arbeiten, aber jedes berechnete Entgegenkommen gegen andere politische Richtungen, Anschauungen und Forderungen zeigen. Gegenstände von großer Bedeutung harren noch der Entscheidung, so die Schulreform, das Zollgesetz, ein umfassender Plan zur Förderung des Wohnungsbauens. Durch die neuen Steuergesetze und verschiedene Sparmaßnahmenregeln ist berechnete Aussicht geschaffen, das Gleichgewicht des Staatshaushalts zu erlangen. Die in der Grenzfrage getroffene Regelung muß voll respektiert werden und eine freisinnige, nach beiden Seiten gerechte Ordnung der Sprachen- und Nationalitätsverhältnisse in den südjütischen Landesteilen muß ebenso aufrechterhalten und gestärkt werden, wie wir stets die Bestrebungen zur Erhaltung der dänischen Sprache und Kultur bei den Dänen jenseits der Grenze unterstützen werden. Es wird nichts verabsäumt werden, um auf eine gesunde Weise unsern Erwerb zu stützen und zu entwickeln.

Die Grenze des holländischer Ländchens, das bekanntlich ohne Volksabstimmung Deutschland weggenommen und scheidensowaschig gemacht wurde, soll nun festgelegt werden — natürlich die Grenze gegen Preußen. Im ober-schlesischen Abstimmungsbezirk hatte das polnische Mittel der Grenzkommission diese Grenze eigenmächtig „festgelegt“, die Vorkonferenz hat aber jetzt auf deutschen Einspruch das ordentliche Verfahren angeordnet.

Die Wahlen zum skandinavischen Parlament erlangen bei einer Wahlbeteiligung von circa 80 Proz. der Wähler 44 Proz. der Stimmen für die dänischen Demokraten, 83 Proz. für die Sozialisten, 10 Proz. für die Sozialdemokraten, 3 Proz. für die Fortschrittler, 1 Proz. für die Polen, 5 Proz. für die Juden und 2 Proz. für Parteienlose.

„Oberleutnant v. Bredow“. Unter dieser Ueberschrift brachten wir in Nr. 458 eine der „Weltbühne“ entnommene Darstellung Lothar Schüdings, die von einer Spionagekompanie in Wina handelte. Hierzu erhalten wir aus dem Reichswehrministerium eine Mitteilung, wonach es scheint, daß Schüding das Opfer einer Justifikation geworden ist. Nachforschungen haben nämlich ergeben, daß sämtlichen Dienststellen, die während der krieglichen Zeit in Wina amtierten und die von dem Vornam unbedingte hätten Kenntnis erlangen müssen, nicht das mindeste von der ganzen Sache Bredow bekannt ist. Den Ursprung der seltsamen Geschichte konnten wir nicht aufklären. Möglicherweise verhält es sich mit ihr wie mit so mancher Erzählung, die während des Krieges aufstand, jetzt geloubt zu werden wurde, ohne daß ihr entsprechende Tatsachen weitergegeben werden. Vielleicht äußert sich Lothar Schüding zu der Gelegenheit.

Auf Grund des Schulgesetzes wurden vom badischen Ministerium des Innern verboten die Deutschsozialistische Partei und der Verband nationaler gesinnter Soldaten. — Das thüringische Staatsministerium hat die in Leipzig erscheinende Zeitschrift „Der Hammer“ auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik auf die Dauer von 6 Monaten für das Land Thüringen verboten.

Gewerkschaftsbewegung

Die Reichsgewerkschaft deutscher Kommunalbeamter.

Der mit der modernen Gewerkschaftsbewegung Vertraute hat sicher noch vor wenigen Monaten nicht daran geglaubt, daß es innerhalb der Kommunalbeamten Deutschlands zur Gründung einer den Problemen unserer Zeit angepaßten selbständigen Organisation kommen würde. Im Anschluß an den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund wurde dieser neueste Zweig der modernen Gewerkschaftsbewegung ins Leben gerufen, und er kann — was besonders hervorzuheben zu werden verdient — nach der kurzen Zeit seines Daseins bereits auf stattliche Erfolge zurückblicken.

Die Zeit, in welcher die Beamenschaft im allgemeinen und die Kommunalbeamten im besonderen in engem Standesbündel sich zusammenpressen vermögen vor den sozialen und wirtschaftspolitischen Erfordernissen ist dahin. Der sozial fortgeschrittene Teil der Beamenschaft gibt sich nicht mehr damit zufrieden, daß sich sogenannte neutrale Beamtenorganisationen — im Grunde genommen jedoch verkappte Harmoniegebilde — als Sachwalter ihrer besonderen Standesinteressen bemühn. Die Zeit, in welcher die Beamenschaft im allgemeinen und die Kommunalbeamten im besonderen in engem Standesbündel sich zusammenpressen vermögen vor den sozialen und wirtschaftspolitischen Erfordernissen ist dahin.

Daß eine Gewerkschaft neutral sein muß, um für die eine bessere Lebenshaltung erstrebenden Berufsgenossen als Nachpostion zu gelten, ist etwas Selbstverständliches. Die politische Neutralität der Gewerkschaften hat bis zu einem gewissen Grade ihre gigantische Entwicklung bestimmt, sie war deren Lebensgesch. Aber daß die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und die Beamten-gewerkschaften im besonderen festumrissener, klarer, wirtschaftspolitischer und kultureller Ziele in ihrem Programm nicht entraten können, um den Erfordernissen der Gegenwart gerecht werden zu können, kommt der Beamenschaft mehr und mehr zum Bewußtsein. Letzteres tritt stark in die Erscheinung in dem scharfen Trennungs-schnitt, den die junge Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamter gegenüber dem „Kombi“ ob seiner verschwommenen Haltung in den Grundfragen einer fortgeschrittenen Gewerkschaftspolitik zieht. Allein die Tatsache, daß der „Kombi“ an den alten Ueberlieferungen einer überlebten Beamtenhierarchie festhält und nichts unternimmt, um den im unteren Volksleben wurzelnden jüngeren Kräften die Wege zum rascheren Aufstieg in den Beamtenberuf zu ebnen, hat in immer stärkerem Maße die Kräfte für die neue Organisation mobil gemacht. Es ist doch wahrlich kein rühmendes Zeugnis unserer Zeit, daß selbst Menschen, welche durch umfangreiche Sachkenntnis und Fleiß im Verwaltungsleben erprobt sind, erst eine geringe Aussicht zum Aufstieg haben sollen, wenn sie sich einem langjährigen Besuch des Verwaltungsseminars und darauf folgenden Prüfungen unterzogen haben. Daß die Ableistung von Prüfungen nicht immer die Voraussetzung für einen tüchtigen Beamtenwachstums darstellt, erhellt am besten durch die Tatsache, daß aus den ehemals selbständigen Vorordernischen zahlreiche Beamte hervorgegangen sind, welche sich ihr Wissen und Können durch die Praxis erworben haben. Und selbst eine große Zahl derjenigen, welche die Verwaltungskademiem mit Erfolg besucht haben, finden oft nur allzu lange den Weg zu einer besseren Besoldung und zu rascherem Aufstieg verrammet. Für sie hat der „Kombi“ an den entscheidenden Stellen nur wenig, ja fast nichts getan. Darüber kann nicht erstaunt sein, wer weiß, daß das ganze Organisationsgebilde des „Kombi“ einen Aufbau aufweist, der allen demokratischen Regeln Hohn spricht. In einer Organisation aber, in welcher die unteren Gruppen am eigentlichen Leben und der Möglichkeit der Interessensvertretung in völlig ungenügender Maße berücksichtigt werden, muß sich früher oder später ein Geist stärksten Unwillens bemerkbar machen.

Die Reichsgewerkschaft der Kommunalbeamten ist der sichtbare Ausdruck dafür, daß der „Kombi“ seine angebliche Mission, die Interessen seiner Mitglieder im besonderen und die

der Kommunalbeamten im allgemeinen zu vertreten, nicht zu wahren vermocht hat.

Sie hat bereits stark Breche geschlagen in dieses Organisationsgebilde und durch die Errichtung zahlreicher Ortsgruppen in den Städten des Reiches eine beachtenswerte Mitgliedschaft um ihre Fahne gesammelt.

Angeschlossen ist die Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund, dem bekanntlich eine Reihe großer Beamtenverbände angehören.

Auch in Berlin ist bereits vor einigen Wochen eine Ortsgruppe gebildet worden. Die Geschäftsführung derselben wird durch den Kollegen Soltes, Berlin N. 65, Albrechtstr. 30/31, versehen. Vorsitzender ist Kollege Fischer, Berlin-Niederschöneweide, Brückenstr. 15.

Pflicht der Kommunalbeamten Berlins wird es nunmehr sein müssen, mit ganzer Kraft für die junge Gewerkschaft zu werben.

Sie ist nicht allein berufen, eine starke Vertreterin ihrer Interessen zu sein, sondern auch einer Entwicklung des Verwaltungslebens in modernem Geiste die Wege ebnen zu helfen.

Noch keine Verhandlung über den städtischen Lohn-tarif.

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin gibt die Mitteilung des Tarifamts wieder, daß in dieser Woche nur insoweit über den Lohn-tarif der städtischen Arbeiter verhandelt werden wird, als einige Punkte der Ergänzungsbestimmungen zum Lohn-tarif, z. B. die Erhöhung der Einkommensgrenze für Kinderbeihilfe von 4000 auf 12000 M. zur Bepflegung gelangen. Ueber eine Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter kann erst verhandelt werden, wenn auch die Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter eine Erhöhung erfahren haben.

Trohender Streik in der Meierei C. Volle.

Die direkten Verhandlungen über die Septemberehälter für die kaufmännischen und technischen Angestellten der Meierei C. Volle führten infolge des Verhaltens des Inhabers, Herrn Professor Verdahn, zu keinem Ergebnis. Der darauf vom Schlichtungsausschuß gefällte Schiedsspruch, worin Gehälter von 15000 bis 20500 M. vorgeschrieben sind, wurde von der Angestelltenkassette angenommen, von der Firma dagegen abgelehnt, ohne jede Begründung. Betrachtet man die im August gezahlten Gehaltsätze von 6500 M. bis 11000 M. (Spitzengehalt) mit denen die Angestellten den ganzen September über auskommen mußten, so kann man verstehen, daß die Geduld der Angestellten nunmehr zu Ende ist. Obwohl die Angestelltenkassette sich von einer Verhandlung vor dem Demobilisierungskommissar nicht das Geringste verspricht, hat sie die Organisationen democh beauftragt, Antrag auf Verbindlichkeits-erklärung des Schiedsspruchs zu stellen. Sollten diese Verhandlungen ebenfalls scheitern, so ist mit der Arbeitsniederlegung zu rechnen und die Versorgung der Groß-Berliner Bevölkerung mit Milch wäre in Frage gestellt. Die Angestellten würden hierfür keine Verantwortung zu tragen haben, vielmehr hat der Inhaber durch sein Verhalten diese Situation geschaffen. Der Magistrat Berlin dürfte sich dieser Angelegenheit ebenfalls annehmen.

Die Konsumangestellten gegen die Kommunisten!

Die Vorstandssammlung des Betriebes der Berliner Konsumgenossenschaft nahm nach einem Referat des Genossen Wirth und dem Korreferat des Kommunisten Dr. Wittel eine Resolution gegen die Bekämpfung des Betriebsräte-Kongresses an. Die Arbeitnehmer dieses Betriebes haben in ihrer Mehrheit nun auch erkannt, daß sie von den Kommunisten nur irregulär werden und die Einberufung eines solchen Kongresses für das Proletariat keinen Vorteil bringen kann. Die Resolution der Nichtung Amsterdam wurde mit 207 gegen 167 Stimmen angenommen.

Leistung in der Textilindustrie.

Der Streik in der thüringischen Textilindustrie, von dem in der Hauptsache die Wirterei- und Strickereibetriebe in der Gegend von Apolda, Weimar und Naumburg betroffen worden sind, dauert noch immer an, ohne daß bisher eine Aussicht auf Verständigung besteht. Die Arbeitgeber haben zwar die in einem Schiedsspruch festgesetzten Löhne für die männlichen Arbeiter anerkannt, weigern sich aber, die vom Schlichtungsausschuß vorgesehene Säge für weibliche Textilarbeiter zu zahlen. Die Zahl der Streikenden beläuft sich bisher auf rund 4000. Im Textilarbeiterstreik in der Kaffeler Gegend finden zurzeit Verhandlungen statt, von denen eine baldige Beilegung des Konfliktes erhofft werden kann.

Lohnbewegung in der Landwirtschaftsgärtnerei.

Bei der unter diesem Titel im gestrigen Morgenblatt erschienenen Notiz ist ein Druckfehler unterlaufen. Es muß heißen: „Landwirtschaftsgärtnerei“.

Die Löhne für das Tapezierergewerbe in Berlin sind für die Zeit vom 16. bis 31. Oktober erhöht worden, und zwar für Gruppe I um 15,75 M., II um 22,50 M., III um 16,80 M. und für Gruppe IV um 18,50 M. pro Stunde. Die Mindestlöhne betragen nunmehr für Gehilfen bis 2 Jahre nach beendeter Lehrzeit 78,75 M., nach dem 112,50 M., für gelernte Näherinnen 84,50 und für ungeübte 67,50 M. Für Akkordarbeiter sind dieselben Zuschläge nach dem auf den einzelnen Stücken bestehenden Stunden einzurechnen. Die Speien nach § 4 Abs. 1 und 2 des Tarifvertrages sollen 3 Proz. des jeweiligen Stundenlohnes betragen.

WV-Metallarbeiter, WV-Funktionäre der Metallindustrie. Donnerstag 5 Uhr Druckerzeitung, Schönehauser Allee, Metallarbeiter-Sitzung; 6 1/2 Uhr bespricht WV-Funktionärsversammlung. Erscheinen unbedingt notwendig. Besprechung über die Verhandlungen im Reichsberleisministerium. Weitere Einladungen ergehen nicht.

WV-Metallarbeiter, WV-Funktionäre der Metallindustrie. Donnerstag 5 Uhr in Altem Festsaal, Hofenstraße 12-14, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Wie stellen wir uns zum Betriebsratskongress?“ Ref. Genosse C. Barth und Korreferent. Diskussion. Stellungnahme zur Räumung unseres Wohnkolonnens und Aufstellung unserer Forderungen für November. Die Verhandlung.

Aus der Partei.

Ausschluss aus der Partei. Der Bezirk „Obere Rheinprovinz“ hat den bisherigen sozialdemokratischen Stadtschreiber Rehs in Wittlich, auf Antrag des Kreisvorstandes in Trier, aus der Partei ausgeschlossen. Rehs vertritt als Verleger und Hauptschriftleiter in der „Wittlicher Zeitung“ einen sonderbündlerischen Standpunkt und förderte damit die Loslösungsbestrebungen im Rheinlande.

Zum Regierungsrat ist der Schriftleiter Genosse Herpich in Stuttgart unter Berufung in die Presseabteilung des Württembergischen Staatsministeriums ernannt worden.

Verantwortlich für den Inhalt: Fritz Vögel, Berlin; für Anzeigen: H. Glade, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Nr. 1 Berlin.

25% weniger Gas
verbrauchen Sie durch Spar-Glühkörper
DEGEA
AUFERLICHT-GESellschaft BERLIN

Zur Aufklärung!

Im Anschluß an die bekannten Pressenotizen über Vergiftungserscheinungen erklären wir in Uebereinstimmung mit den amtlichen Feststellungen:

1. Im Berliner Fall liegt überhaupt keine Vergiftung vor, sondern ein Unwohlsein einiger Personen, die nach ihren eigenen Angaben verschiedene Speisen (Wurst, Obst, Konfekt) durcheinander gegessen und sich den Magen verdorben hatten. — Es blieb unserer aufgeregten, für Massensuggestionen besonders empfänglichen Zeit vorbehalten, aus diesem alltäglichen Fall einer Magenvergiftung, im Zusammenhang mit dem Leipziger Prozeßzwischenfall und durch Tatsacheneinstellung von dritter Seite das Märchen von einer „Vergiftung“ zu machen und zu verbreiten. — Das von jenen Personen genossene Konfekt hat mit Sarotti nicht das Geringste zu schaffen.
2. Im Leipziger Fall ist die Untersuchung noch nicht abgeschlossen. Es steht jedenfalls jetzt schon fest, daß ein gegen die Angeklagten im Rathenau-Prozeß gerichteter Vergiftungsversuch vorliegt, bei dem mit Arsenik vermitteltes Konfekt verwendet wurde. (Ebenso gut hätte das Gift irgendwelchen anderen Nahrungsmitteln beigegeben werden können, wie sich jedermann beim ersten Lesen der Nachricht selbst gesagt haben wird!) — Hierbei ist lediglich eine der beliebtesten und volkstümlichsten Pralinen-Packungen als Mittel zum Zweck mißbräuchlich benutzt worden: die allen Pralinenfreunden wohlbekannte „Si“-Packung (kurzer Name für Sarotti-Packung).

3. Seit dem Bestehen unserer Fabrik ist uns nicht ein einziger Fall einer gesundheits-schädlichen Wirkung durch den Genuß unserer Fabrikate bekannt geworden. Sämtliche in unsere Werke gelangenden Rohstoffe, so auch alle Spirituosen, werden vor ihrer Verarbeitung schon seit Jahren von einem haarkalt geprüften, unserem Hause angehörenden Nahrungsmittelchemiker in unserem Laboratorium untersucht, dem auch die Kontrolle über alle halbfertigen und fertigen Fabrikate obliegt. Es ist somit ausgeschlossen, daß mit den vielbegehrten „Sarotti-Köstlichkeiten“ jemals ein gesundheits-schädliches Erzeugnis unsere Fabrik verläßt. — Jedes einzelne der vielen Millionen Sarotti-Fabrikate, die in fünfzehn Jahrzehnten aus unseren Werken in alle Welt hinausgingen und überallhin Freude trugen, hat dem Kenner und Freund guter Schokolade — und wer schätzte nicht solche als

hochwertiges Nähr- und Kräftigungsmittel — den Namen



eine Bürgschaft für erstklassige Schokoladeware

werden lassen. Diese hohe Wertschätzung der Marke Sarotti und ihre Beliebtheit in allen Kreisen der Bevölkerung verdanken wir der allzeit hervorragenden Güte unserer sämtlichen Erzeugnisse, die erst jüngst wieder von autoritativer unparteiischer Fachseite auf Grund analytischer Untersuchungs-Ergebnisse als vorbildlich anerkannt wurden. Wir benutzen diese Gelegenheit, unsern Freunden im ganzen Reich, die uns anlässlich jener Zeitungsnachrichten wie auch sonst während der schweren Zeit des Wiederaufbaus der Sarotti-Fabrik mit so mannigfachen Zeichen der Treue und Anhänglichkeit erfreuten, unsern herzlichsten Dank auszusprechen.

Berlin-Tempelhof, im Oktober 1922

„Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten!“

„Sarotti“
Alliengeellschaft

Drohender Ausverkauf am Häusermarkt.

Das Berliner Mietshaus für 150 Dollars. — Die Mietenwirtschaft vor dem Abgrund.

Allein im Neubauer Steuerbezirk werden tagtäglich 6 bis 8 Verkäufe von Hausgrundstücken an Ausländer zur Grunderwerbs- und Wertzuwachssteuer veranlagt. Nicht allen, die als Erwerber erscheinen, steht man den Ausländer an, insbesondere nicht denen, die einen Wohnsitz im Inlande angeben. Tatsächlich wird die Verkaufsziffer größer sein und im Neubauer Bezirk mit etwa 250 monatlichen Verkäufen ans Ausland 5 Proz. des gesamten bebauten Grundbesitzes im Bezirk ergeben, so daß in einem Jahre die Stadt gut zur Hälfte ausverkauft sein kann. In den westlichen Bezirken mit ihren ungleich besseren Objekten ist die Verkaufsziffer eine noch höhere; hier sind ganze Straßenzüge vom Auslandskapital aufgekauft und zum Wohnen wie verkehrstechnisch gleich bevorzugte Straßen wie der Kaiserdamm sind bis auf Ausnahmen Ausland geworden. Die Kaufpreise schwanken erheblich, und es mag für einfache Mietshäuser durchschnittlich wenigstens das Doppelte in Papiermark der seit 1914 unverändert geführten gemeinen Werte bezahlt werden. Das Zweihunderttausendmark-Haus mit 15 000 M. Friedensmiete bezahlte danach bei 400 000 M. Kaufpreis der Amerikaner mit 150 Dollar, der Holländer mit 400 Gulden, der Schwede mit 600, der Norweger mit 600 Kronen. Oft kauft nur ein Strohmann, um nach ganz kurzer Zeit für das Doppelte weiterzuverkaufen; auf jeden Fall ist ein Vermittler, oft sind es auch deren zwei, im Spiel, die erhebliche Provisionen einstreifen, kaum jemals weniger als der Vierteljahreslohn eines Arbeiters beträgt.

Weshalb kauft der Ausländer?

Weil ihn die Geldknoten im deutschen Hausbesitz locken. Der fremde Käufer legt sich, daß die Niedrighaltung der Sachwerte auf das Doppelte der alten Friedensmiete auf die Dauer nicht durchführbar ist; mit seinen Mitteln will er als starker Wirtschaftsring in der Gläubigerrolle dabei sein, wenn eine Lockerung der Mietenzwangswirtschaft die Geldknoten freisetzt. Von hier aus zeigt sich der Abgrund, dem sich die Mietenwirtschaft nähert, wenn dem Ausverkauf der Häuser kein Einhalt geboten wird. Es scheint, als ob sich die Mieterorganisationen der Gefahr nicht bewußt sind, die im Anzuge ist. Im Gegenteil hört man, daß die Mieter keinen Anlaß zur Abwehr hätten, wenn die jetzigen Hausbesitzer von kapitalkräftigen Kreisen abgekauft würden — einmal würde dann endlich mit häuslichen Reparaturen begonnen werden, und zum anderen würden die Mieter mit Kosten dafür verschont werden, da nach dem Reichsmietengesetz der Häusererwerb nach dem 1. Januar 1920 den Anspruch auf Zuschläge für arduen Instandsetzungsarbeiten erlöschen läßt. Eine solche Anschauung ist überaus farsichtig, denn sie verkennt, daß nicht nur die heute durch die Zwangswirtschaft hinausgestellten Ansprüche mit Zins und Zinseszinsen, sondern darüber hinaus auch Unternehmerrisikogewinne geltend gemacht werden würden, wenn der Ring der ausländischen Erwerber die Zwangswirtschaft durchbrochen hat. Ja selbst wenn es zu einer organischen Rückentwicklung aus der gebundenen in die freie Wirtschaft käme, so würde diese durch die Spekulation, die heute noch in Erwartung der Mietenhäuser Opfer bringt, von vornherein auf das Schwerste befristet und nicht in der Lage sein, sich in erträglichen Formen zu entwickeln.

Notwendige Abwehr.

Der organisierte Hausbesitz läßt zwar durch seine Führer Warnrufe erschallen, im Interesse des geliebten Vaterlandes, er selber ist aber aktiv am Geschäft beteiligt, wenn auch in der Regel keineswegs mit einem Gewinn, der den Verlust der Sachwerte für das Volkswohlstand unmittelbar ausgleichen könnte. Dabei ist eine gewisse Schadenfreude unverkennbar — man verwirft auf die Ueber-
spannung der Mietenzwangswirtschaft und daß man nur aus Notwehr handele. Die Regierung darf nicht das Ende dieses Ausverkaufs abwarten. Es darf für sie die Bequemlichkeit nicht ausschlaggebend sein, der Sorge um den Verfall der Häuser entbunden zu werden; ebensowenig dürfte sie sich damit rechtfertigen, daß die fremden Häuser einen Wall gegen die „bolshewistische Gefahr“ darstellen. Das alles könnte nicht entschuldigen, die Mietenwirtschaft der Kettenreaktion preiszugeben, deren wirtschaftliches Zwangsgebote sein muß, das oneroso Geld auf Kosten der Mieter herauszuwickeln. Das ausländische Kapital würde wie eine starke Mauer allen sozialen Reformen des Wohnungswesens entgegenstehen. Sache

des Magistrats muß es sein, soviel an ihm liegt, die Zulänglichkeit der Mietzuschläge peinlichst zu prüfen, um nicht von ininteressierter Seite mit dem Vorwurf beladen zu werden, an diesem Ausverkauf schuldig zu sein.

Bekannt ist, daß der Versailler Vertrag die Schlechterstellung der Ausländer gegenüber den Inländern verbietet; eine Genehmigungspflicht bei Hausverkäufen müßte sich also auf Inländer ebenso erstrecken wie auf Ausländer, und die Genehmigung dürfte nicht einfach wegen der Eigenschaft als Ausländer verweigert werden. Wohl aber könnte jedes Geschäft unterbunden werden, bei dem der Ausverkauf einer spekulativen Absicht nicht nachzuweisen ist oder deshalb eine hauswirtschaftliche Gefahr bedeutet, weil der Erwerber weder geeignet ist, sich selbst um das Haus zu kümmern, noch den von ihm eingesetzten Verwalter genügend zu kontrollieren.

Genossinnen und Genossen! Besucht die heutigen gemeinsamen Mitgliederveranstaltungen!

Bei Boxern und Doggen.

Von der Brauerei Königsplatz in der Schönhauser Allee wehte weithin sichtbar die schwarzrotgoldene Fahne und viele andere Flaggen gruppierten sich um sie. Wütendes Hundegekläff illustrierte die Art der Veranstaltung und wurde ohne weiteres Wegweiser zur Sonderfeier. Diese beherbergte Dobermannpinscher, Deutsche Doggen und Bogen. Von den drei Rassen waren erstklassige Vertreter entlanzt und dem Hundefreund schlug das Herz höher. Die deutschen Doggen, in Riesengemälden vertreten, sind für ihren Herrn ohne Zweifel ein ganz hervorragender persönlicher Schutz. Im Polizeidienst sieht man sie nicht, weil man ihnen nachsagt, sie würden zu scharf, wenn sie einmal gebissen hätten. Auf der Ausstellung waren die Doggen in ihren Ständen auch recht fest verankert, ja, manche derartig, als ob es gälte, einen Apfelfaß von der Spree vor'm Weg-treiben zu sichern. Das Publikum brückte sich schon an diesen Riesenhunden vorüber, außer den Besitzern hatte niemand so die rechte Traute. Die 103 Bogen aber verführten tatsächlich die fleischgewordene Grimmigkeit. Mit einer Schnauze, als wollten sie den ganzen Erdball verpeisen, mit todtraurigen Augen, als dächten sie andauernd über die allgemeine Pleite nach, saßen sie da und waren meistens heilfroh, — wenn der Näherkommende ihnen nichts tat. Gegen ihresgleichen sind sie oft recht unerblicklich, gegen Menschen aber zuweilen sehr freundlich. Redet man diese wütenden Dickköpfe nur ein wenig an, dann geben sie wiederholt unaufgefordert „Fuh“ und schmeicheln, als ob sie einem Köpchen Konkurrenz machen wollten. Diese Bogen sind eben tatsächlich zum Spielhund geworden. Sie sind schön ob ihrer Häßlichkeit und der schönste oder der häßlichste Bogen, je nachdem wie man ihn nennen will, bekam auch einen kleinen Lorbeerkranz mit der Aufschrift: „Dem Schönheitsieger“.

Die Hausbrandkohle.

Eine Preisentung nicht möglich.

Auf eine kleine Anfrage erteilte, wie der amtliche Preussische Preisdienst schreibt, der Minister für Volkswirtschaft zugleich im Namen des Handels- und Finanzministers folgende Antwort: Die äußerst schwierige Lage der Mieter besonders in Wohnungen mit Zentralheizung hat Veranlassung gegeben, die Frage der Möglichkeit einer Senkung der Kosten für den Hausbrand in Gemeinschaft mit den beteiligten Dienststellen zu prüfen. Das Hausbrandkontingent des Reichskohlenkommissars umfaßt nicht nur den Hausbrand im engeren Sinne, sondern darüber hinaus die Kohle für die Klein- und Hausindustrie und die Reparationskohle. Eine Abtrennung und Sonderbehandlung der eigentlichen Hausbrandkohle ist deshalb mit erheblichen

Schwierigkeiten verbunden. Auch würde der zu schaffende behördliche Kontrollapparat sehr hohe Kosten erfordern, ohne daß eine Verschönerung von Hausbrandkohle immer wird verhindert werden können. Dazu kommt noch, daß nach dem Friedensvertrag von Versailles (Anlage V § 6) die Anrechnung der Vergütung für Reparationskohle nach Inlandspreisen zu erfolgen hat. Eine Senkung des Preises für Hausbrandkohle hätte demnach auch eine entsprechende Minderung der Vergütung für Reparationskohle zur Folge, was nicht verantwortet werden könnte. Auf Grund aller dieser Erwägungen müßte die Frage auf Senkung des Preises der Hausbrandkohle zurückgestellt werden.

Am den plan- und nichtplanmäßigen unmittelbaren Staatsbeamten und Volksschullehrern die Beschaffung von Hausbrandkohle und Holz für den kommenden Winter zu erleichtern, hat der Finanzminister inzwischen der Deutschen Beamtengenossenschaftsbank in Berlin einen Beitrag von 30 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, aus dem auf Antrag Darlehen bis zur Höhe von 4000 M. bei Ofenheizungen bzw. 15 000 M. bei Zentralheizungen gewährt werden.

Vom Landsknecht zum Straßenräuber.

Er wollte nichts mehr wissen.

Der frühere Fliegerleutnant und Polizeibeamte Reinhold Boenig hatte sich wegen zahlreicher Raubüberfälle vor dem Schwurgericht des Landgerichts II zu verantworten. Er hat eine bewegte Vergangenheit hinter sich. Nachdem er sich von der Dorfschule herausgearbeitet hat, ist er noch schneller geflühen. Er ist bereits zu 6 1/2 Jahren Zuchthaus wegen anderer Straftaten verurteilt worden. Bei der Marine hatte P. neun Jahre gedient und durch Selbsterziehung das Einjährigenzeugnis sich erworben. Er war dann 1910 in Frankfurt zur Polizei übergetreten. Während des Krieges brachte er es bis zum Marineflugzeugführer und erhielt das Eiserne Kreuz I. Klasse. Später diente er in der Bermuda-Armee als Fliegerleutnant, zuletzt war er in Berlin bei der Polizei angestellt. Als ihm der Dienst zu schwer wurde, nahm er den Abschied und verband sich mit einem Schlächtergesellen Schuller abbe zu Raubzügen. Zunächst raubten sie in Pommern Pferdehändler aus, wobei sie 20 000 bis 30 000 M. erbeuteten. Später gingen sie nach der Mark Brandenburg, wo sie ergriffen wurden. Sie erhielten wegen der dort verübten Raubüberfälle je 6 1/2 Jahre Zuchthaus. Inzwischen ist Sch. auch wegen der übrigen Fälle bereits abgeurteilt worden und hat eine Gesamtstrafe von 10 Jahren Zuchthaus zu verbüßen. P. werden jetzt sieben weitere Raubüberfälle zur Last gelegt. Vor Gericht spielte er nunmehr den „wilden Mann“. Er wollte von nichts mehr wissen, erklärte sogar, daß er sich seiner Personallien und der Kriegsergebnisse nicht mehr erinnere. Ein Antrag von R.-A. Dr. S. Kron, den Angeklagten in einer Irrenanstalt beobachtet zu lassen, wurde auf Grund des Sachverständigenurteils abgelehnt, da die Sachverständigen P. für völlig geistesgesund erklärt hatten. Das Urteil lautete gegen ihn auf 4 Jahre Zuchthaus zusätzlich zu der bereits erkannten Zuchthausstrafe von 6 1/2 Jahren.

Der Irrtum der Geschworenen.

Der äußerst seltene Fall, daß der Gerichtshof zu dem einstimmigen Beschluß kommt, daß die Geschworenen sich zumungunsten eines Angeklagten geirrt haben, und daß daher ihr Spruch kassiert wird, ereignete sich in einer Verhandlung gegen den Restaurateur Bodo Kum vor dem Schwurgericht des Landgerichts I.

Kum war wegen Totschlags, der in der Erregung über eine seiner Ehefrau zugesagten Befeldigung verübt worden war, angeklagt. Am 2. August d. J. war kurz vor der Schlusssitzung der Schriftföhrer Quer mit einer Prostituierten in dem Weinstock des Angeklagten in der Dresdener Straße erschienen und hatte die Nacht durch gezechelt. Nachdem sich seine Begleiterin gegen 7 Uhr morgens entfernt hatte, kniepte Quer mit der Ehefrau des Angeklagten weiter, und erlaubte sich schließlich gewisse Jübringlichkeiten, die den Chemann derartig in den Harnisch brachten, daß er einen Revolver holte und einen Schuß abgab. Dieser Schuß ging fehl. Ein zweiter Schuß traf Quer in die Brust, so daß er bald darauf verstarb. Der Verteidiger führte den Nachweis, daß Kum nur einen Schreckschuß abgegeben habe, und daß Quer dann mit der Weinsföcke auf ihn eingedungen sei. Der Angeklagte erklärte, daß auch der zweite Schuß nur ein Schreckschuß hätte sein sollen. Diese Angaben wurden von der Ehefrau bestätigt. Obwohl der Staatsanwalt selbst nur ein Schuldig wegen vorföhrlicher Tötung im Affekt beantragt hatte,

Sachawachial der Eskimo.

Von Einar Mikkelsen.

Sie kannte die ganze Geschichte von dem schwarzen Joe und Igluruk, sie kannte die vom Süden, wie die vom Norden; sie wußte, daß der schwarze Joe nach der Südküste von Kogebuesund gefahren war, nach einem Orte, wo viele Weiße wohnten. Sie wußte, daß Igluruk ihn begleitet hatte, aber sie hatte auch gehört, daß Joe immer noch von der Angst befallen war, daß sie ihn noch weiter nach Süden getrieben hatte, fort, hinaus aus Sachawachials Reichweite, über die großen Meere nach dem Lande der Weißen. Von Igluruk wußte sie, daß der schwarze Joe sie verlassen und sie einen anderen Mann, einen Weißen, mehrere Iozar, hatte; sie wohnte in Candle, der Goldgräberstadt.

Die Geschichte störte sie weiter nicht, und wenn sie im Zeit an der Seite des kranken Mannes sah, verlangte es sie nach ihm, und als es mit Sachawachial besser wurde, und er umherzugehen begann, zog Douglamama aus dem Zeit ihrer Eltern in das seine.

Der Herbst kam. Sachawachial war so stark und gesund geworden, wie früher. Er ging auf die Jagd wie die anderen Eskimos, tötete Seehunde und Walrosse im Meer und Rentiere auf dem Lande; ein tüchtiger Jäger war er stets gewesen und meistens auch ein glücklicher, also konnte er seine Frau gut versorgen, überreichlich fogar, und er konnte dem alten Taktulrot Felle und auch Iron als Tausch zur die Tochter geben.

Sachawachials Leben mit Douglamama wurde ein ganz anderes als das, was er früher gelebt hatte. Damals mußte er außer für seine eigene Arbeit für alles innerhalb des Haulges sorgen, Igluruk, die Halbweibe, verstand nichts. Doch Douglamama, das ungemischte Eskimoblut, hatte von Kindesbeinen an die weiblichen Arbeiten gelernt; sie konnte Felle reinigen und gerben, Sachen wie keine andere nähen, und wenn Sachawachial müde von der Jagd nach Hause kam, sah er mit Wohlbehagen in seinem Fell aber in dem Winteriglu und sah auf Douglamamas geschickte Hände. N. war sie mühsig, stets beschäftigt, selbst wenn sie das Essen bereitete, fand sie Zeit, sich noch mit etwas anderem abzugeben; sie war die Frau, die zu ihm, dem fleißigen, arbeitsamen Sachawachial paßte.

Sie sprachen über alles Gegenwärtige und Zukünftige, aber die Vergangenheit — nein, die wurde nicht berührt. All das, was vor Sachawachials Erwachen in dem Schneelgu auf dem Landeis in Kogebuesund lag, behielt er für sich, das war tot und begraben. Douglamama fragte niemals, das lag vor ihrer Zeit, ging sie nichts an; aber wenn Sachawachial durch die mächtigen Winterstürme an den Iglu gefesselt wurde, konnte er stundenlang stumm und in sich gefehrt dastehen. Er starrte mit gedankenvollen Blicken vor sich hin. Dauchte er an Igluruk oder die Falschheit des weißen Mannes, war es die fürchterliche Kette an der Küste entlang, auf der Jagd nach den Beiden, die ihn beschäftigte, dauchte er an den Tod, den er gefühlt, oder war es Sehnsucht nach Kuwuk?

Douglamama fragte nicht, sondern sah still in ihrer Hütte; sie sah Sachawachial an und lehnte sich danach, daß er sprechen möchte, aber nie plagte sie ihn mit unnötigen Fragen, es war am besten so, wie es war.

In Kogebuesund verbrachte Sachawachial ein paar Jahre und wurde dort bald wieder der Anführer wie in Kuwuk; aber er fühlte sich niemals richtig zu Hause und sehnte sich oft nach seinem eigenen Land zurück. Es herrschte mehr Ruhe und Frieden da oben, die Jagdgründe waren größer, die Jagd besser, und im Frühling konnte das Blut in ihm gären, wenn er an die rasche, spannende Jagd auf den Walfisch dachte.

Hier unten war die Jagd zu wenig ausgiebig, die Verhältnisse waren zu klein, er sehnte sich, sehnte sich unendlich nach seiner Heimat. Er sprach mit Douglamama darüber, sie wurden einig; und eines zeitigen Frühjahrs, dem dritten, seit er nach Kogebuesund gekommen war, belud er einen Schlitten mit seinem bisherigen Hab und Gut und zog fort, nach Norden.

Sie hatten nichts, dem sie nachhellen mußten, so ließen sie sich Zeit für die Kette, sie hielten an, wenn sie an Orte kamen, wo die Jagd gut zu sein schien und überwinterten an der Küste, mitten zwischen Cape Visk urne und Ten Cape.

Aber als das nächste Frühjahr kam, konnte Sachawachial kein unruhiges Blut und die Sehnsucht nach Kuwuk nicht länger bezähmen, und der kleine Havyschalt wurde wieder auf den Schlitten gepackt. Douglamama ging voran, um den Weg zu zeigen und die Hunde anzuspornen, Sachawachial an der Seite des Schlittens mit einem Jugsel über der Schulter, und so verließen sie die kleine Hütte, wo sie den Winter zugebracht hatten, aber nicht mehr allein: ein kleiner Junge gukte über Douglamamas Schulter aus dem warmen Anorat heraus,

Allmählich kamen sie nach Norden, aber sie warteten doch damit, nach Kuwuk zu ziehen, bis der Schnee geschmolzen war und man nicht mehr Schlittensfahren konnte. Es ging nur langsam vorwärts. Stürmte es, so lagen sie still, und fanden sie gute Jagd unterwegs, so lagen sie auch still, um sich satt zu essen und Kräfte für die künftigen Schlittentage zu sammeln. Wozu sollten sie sich beeilen, die ganze Küste war ihr Heim, Kuwuk, im Grunde genommen, doch nur ein Sammelpunkt.

Sie näherten sich Ten Cape und trafen Fremde aus Norden, Einwohner des Bohnplatzes. Sie hatten Sachawachial und ihre Härte gegen ihn, als er nach Süden fuhr, vergessen, das war eine Episode gewesen, ein Bliß, und nun fort und abgetan. Und er — ja, er nährte keine Bitterkeit, keinen Haß gegen seine Landsleute, er verstand ihre Handlungsweise: abhängig und von den Lügen der Weißen aufgestachelt waren sie! Nein, am besten war es, man vergaß das Ganze und zog nur die Lehre daraus: hütet euch vor den Weißen!

So begegnete Sachawachial seinen Landsleuten ohne Bitterkeit und freute sich, als er die ersten aus Ten Cape traf; jetzt konnte er Neues von Kuwuk hören, der Verkehr zwischen den beiden Wohnplätzen war ziemlich lebhaft.

Die Eskimos aus dem Norden brachten eine Menge Neuigkeiten, aber nicht aus Kuwuk, sondern aus dem näherliegenden Ten Cape, das mit seinen Bewohnern von Rot und Unglück heimgeführt wurde.

Die Walfischfängerflotte war auf dem Hinweg im vorigen Jahr zwischen dem Eis eingeklemmt worden. Einloe von den Schiffen hatten sich durargearbeitet und waren wieder in das offene Wasser gekommen, aber sechs Schiffe, davon vier große, waren von dem Eis gegen das Land gepreßt und dort festgefroren und hatten sich im Laufe des Winter leet gerieben.

Die Besatzung bestand aus ungefähr fünfhundert Mann. Ihre Lebensmittel waren aufgebraucht; die Eskimos hatten eine gute Jagd gehabt, aber das verhalfug trotzdem nicht viel. Hungersnot, nein viel schlimmer nach, Hungertod drohte nicht allein den Weißen, sondern auch der ganzen eingeborenen Bevölkerung von Ten Cape.

Und auch Krankheit herrschte da oben, eine große Anzahl war gestorben: Kummer und Rot folgten wie immer den Spuren der Weißen.

(Fortsetzung folgt.)

Nonen die Produktiv- und 264 Millionen die Konsumgenossenschaften. Sie hatten 200 000 Angestellte.

In den Vereinigten Staaten hatten die Agrar-genossenschaften 1919 einen Umsatz von 721 933 639 Dollar (Verkauf) und 84 615 869 (Einkauf).

In der Tschechoslowakei umfaßte 1921 der Zentralverband der Agrar-genossenschaften 2232 Genossenschaften. Ihr Kapital betrug 6176 Millionen Kronen, ihr Reservefonds 9833 Millionen Kronen. Die Depots wuchsen um 60 Proz. gegenüber dem Vorjahre. Sie betragen 763 Millionen. Der Geldumsatz der Zentral-fassen wuchs von 8 auf 12,9 Milliarden Kronen. Der Warenumsatz bezifferte sich auf eine Milliarde Kronen. Die verschiedenen nationalen Genossenschaftsverbände wurden 1921 zu einem Zentralverband der tschechoslowakischen Agrar-genossenschaften vereinigt.

In Bulgarien übernahm die Banque agricole de Bulgarie die Geschäfte der in Konkurs geratenen zentralen Genossenschaftsbank. Sie gewährt an 814 Genossenschaften mit 92 000 Mitgliedern Darlehen im Betrage von 83 Millionen Levas. Am meisten verbreitet sind in Bulgarien die Kredit- und Spargenossenschaften (1077 von 1892).

Die Genossenschaften der Schweiz haben schwer unter der Wirtschaftskrise gelitten. Ihre Warenbestände erfuhren eine Wertverminderung von 6 Millionen Frank (von 18 auf 12 Millionen Frank). Ihr Kapital betrug 5 375 500 Frank, die Zahl der angeschlossenen Genossenschaften 505 (gegenüber 456 im Vorjahr), die Mitgliederzahl 262 284. Ihr Warenumsatz ist von 172 Millionen Frank 1920 auf 144 419 696 Frank 1921 gefallen.

Der Genossenschaftsverband Japans beschloß auf einer Tagung Mitte 1922 die Gründung einer zentralen Genossenschaftskasse. Der Verband umfaßt 13 700 Genossenschaften mit 2 850 000 Mitgliedern.

Der Südafrikanische Genossenschaftsverband (26 Genossenschaften) hatte einen Umsatz von 8 000 000 Pfund Sterling.

Der Umsatz der neuseeländischen und australischen Genossenschaften erhöhte sich von 18 auf 25 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1921. Die drei Genossenschaftsverbände errichteten in London eine gemeinsame Direktion.

Der Genossenschaftsverband Litواني (Litauens) umfaßte 1920 198 von den 407 Genossenschaften Litauens. Sie machten einen Umsatz von 50 Millionen lituanischen Mark.

Neue Eisenpreise. Entsprechend dem Beschluß des gemeinschaftlichen Richtpreisausschusses des Deutschen Stahlbundes wurden die Eisenpreise neu geregelt. Stabeisen kostet 81 200 M.

Dr. Brandt, erstes geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Industrie- und Handelsklubs, ist in den vorläufigen Reichswirtschaftsrat berufen worden.

Eine internationale Eisenbahnverkehrskonferenz hat in Paris begonnen.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kursliste sind noch folgende amtliche Notierungen nachzutragen: 100 Herr. Kronen 8,00 Geld, 4,02 Brief; 100 ungarische Kronen 100,88 Geld, 110,14 Brief; 100 bulgarische Leva 1872,65 Geld, 1977,85 Brief; 100 polnische Mark galten im Freidreier 27,20 M.

Sport.

Renner zu Karlsruhe am Dienstag, den 17. Oktober.

1. Rennen. 1. Güte II (Strohlag), 2. Rammegeler (Gandl), 3. Connetote (Franke). Toto: 194:10, Wagn: 48, 40, 40:10. Ferner liefen: Gohalt, Balme, Hansmark, Gau, Balburgis.
2. Rennen. 1. Waldin (Kuhnel), 2. Anas (O. Schmidt), 3. Branne (Kofina). Toto: 42:10, Wagn: 17, 18, 54:10. Ferner liefen: Sultan, Cicero II, Orlara, Eigel, Petel, Cicote, Conbia, Biene, Wafschär, Pluto, Laerte, Minnebel.

3. Rennen. 1. Gohana (Oleis), 2. Trumf (Gendell), 3. Gerrielle (Eaubinger). Toto: 40:10, Wagn: 15, 15, 10:10. Ferner liefen: Gohante, Ederhall, Fidegald, Rodmunda, Galla, Merina.
4. Rennen. 1. Kewelen (O. Schmidt), 2. Laque (Keller), 3. Amor (Larros). Toto: 27:10, Wagn: 14, 17, 10:10. Ferner liefen: Dper, Puhta, Barbarella, Pittub, Salvator, Arny, Petrefa, Egan Dick, Berdne, Kuzor, Vall, Weimil, Adolphius.
5. Rennen. 1. Bekalin (O. Schmidt), 2. Bifana (Kastnerberger), 3. Rönigshaber (O. Schmidt). Toto: 33:10, Wagn: 10, 16, 16:10. Ferner liefen: Claudius, Albert, Lindenblüte, Als II, Lenz, Orlisch geb.
6. Rennen. 1. Anschlag (Gandl), 2. Kralinde (Kastnerberger), 3. Bergante (O. Schmidt). Toto: 79:10, Wagn: 22, 20, 25:10. Ferner liefen: Raimberg, Kreuzbombe, Gek, Lehndragl, Stiegender Goldaber, Idealist, Cosima.
7. Rennen. 1. Mabafter (Koch), 2. Naps (Guguenia), 3. Wobert (Ludwig). Toto: 220:10, Wagn: 48, 17, 26:10. Ferner liefen: Roderich, Lado Ely, Alan II, Nils, Dauscha, Kollerschlange, Van Robert, Chaputkin, Correggio, Tigris, Präfung.

Porosoff's Kinder- und Krankennahrung
Für den Säugling ärztlich empfohlen

Korpulenz - Fettleibigkeit sind
Dr. Hoffbauer's ges. gesch. **Entfettungs-Tabl.**
ein vollkommen unschädliches und erfolgreiches Mittel ohne Einhalten einer Diät. Keine Schilddrüse. Kein Abführmittel. Ausführl. Broschüre gratis.
Elefanten-Apotheke Berlin SW, Leipziger Straße 74 (Dönhofsplatz)

Weinbrand Winkelhausen Alle Reserve

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus
7 Uhr:
Die Jüdin

Schauspielhaus
7 1/2 Uhr:
Napoleon

Deutsch. Theat.
2001-2100
7. Abonnem.-Vorst.
7 1/2: Cyrano von Bergerac
Donnerst. 2101-2200
7. Abonnem.-Vorst.
7 1/2: Simson oder Scham u. Eifersucht
Montag, d. 23. Okt.
Tanzabend Niddy Impekoven. Neues Programm

Kammerspiele
7 1/2: Die Jungfern vom Blochberg
Do. 7 1/2: Jungfern vom Blochberg

Gr. Schauspielh.
(Karlstraße)
7 1/2: Der Widerspenstigen Zähmung
Kloster, Bergner, Graetz

Do. 7 1/2: Der Widerspenstigen Zähmung
Kloster, Bergner, Graetz

Sonntag, d. 22. Okt.
7 1/2 Uhr: Danton

Theater i. d. Königgrätz. Str.
7:30: Jüdin v. Toledo
Mittw. 7:30: Jüdin v. Toledo
Do. 7:30: Jüdin v. Toledo
Sbd.: Was! Ich! Ich!

Komödienthaus
8: Henne im Korb
L. Hämmer, L. Hämmer

Berliner Th.
7:15: Madame Pompadour
Fritz Masaryk u. G. Roberts, W. H. H. H.

Residenz-Th.
Täglich 8 Uhr:
Laby
Wunderwunders Fächer
Arnstadt, Sandrock, Toile, Falkenstein

Trianon - Th.
Täglich 8 Uhr:
Erika Glässer
Sissi
die Kokette
Wilhelm Bendow, Hans Albers

Kleines Th.
Täglich 8 Uhr:
Agnes Jordan
v. Georg Hirschfeld, Irene Triesch, Eugen Burg, Olga Limburg, Jos. Klein, Schneider-Nissen

Theater des Ostens
(Rosa-Theater)
7 1/2 U. Bachstelchen

Komische Oper

(7 1/2) Dir.: James Klein (7 1/2)
Die große internationale Revue in 25 Bildern:
Europa spricht davon!!
Übertrifft Paris und London an Pracht und Ausstattung und ist das Fabrikatbeste, was auf einer Bühne gezeigt worden ist
6 Pracht-Ballette!!
200 Mitwirkende!!
Mister Jackson v. Alhambra-Theater in London mit seinen englischen Girls
Hauptdarsteller:
Margit Sucky, Rosa Feiszg, Balzer-Lichtenstein, Max Landt, Albert Kutzner, Bruno Kattner, Arnold Hleek, Miti Meleika, Eise Reval, Walters, Spira, Baricis usw.
Vorverkauf ununterbrochen.

Russ.-Kom. Theater

Friedrichstr. 216 (Apoth.-Th.)
Ballett, Pantomime, Oper
Abends 7 1/2 Uhr
Ende 10 1/2 Uhr
Mäntelkönigin, Les Millions d'Arlecino, Gaudal Festelage, Bajarenhochzeit, Künstlerisch, Lehrer Boris Romanoff Ballettm. des ehem. kaiserl. Theaters in Petersburg.

Trauerverein Mariendorf.
Mittwoch, 18. Oktober
mittags 12 Uhr
8 Rennen
Gesamtpreise 570 000 M.

Wien-Berlin Unterhaltungs-Varieté

4 Uhr Der halbe Nachmittags-Tea
8 Uhr Das vornehmste Varieté-Programm
Ab 11 Uhr Remer, Stimmung, Gesang mit grossem Orchester.
Vorzügliche Küche. Grosser Bier-Abteilung.

Juwelen-Ankauf

Gold-, Silber-, Platin-Bruch,
Zahngelisse, Juwelen
Goldwarenfabrik H. Schneider & Sohn
jetzt Französische Straße 15, vorn 11

Kräuter-Franzbranntwein
Kopp & Joseph
Berlin W 59
besonders kräftigend und erfrischend. Potsdamerstr. 122

Circus Busch

11. P. 1. 2. u. 3. Uhr
Seltene Künstler!
Neue Sensationen
Reichshallen-Th.
Allabendl. 7 1/2 Uhr
Sensations-Präzisions-Turnen
STETTINER
Slag.
Hörschall-Prüfung
TV. 11. 2.

Intern. Varieté

Behrenstr. 24
7 1/2 Uhr
Intern. Varieté
Wunderwunder
Varieté-Spielplan
Ruben gestaltet!

Stellungsangebote

Sind im Verwirts. bestbeachtet!

Zinn Quecksilber

Gold-, Silber-Bruch
Zinn, Kupfer, Platin usw.
Inhalt 3. Ungarische Schmelze
Schwarz, Laage Str. 35
am Scharfsteine Bahnhof

Der Blaue Vogel
Goldstraße 9
Nollendorf 1613
Allabendlich 8 1/2 Uhr: Das neue Grate Programm. Vorverkauf an allen Theatern und an der Kasse d. Theaters v. 11-2 u. ab 6 Uhr abends.

Norddeutscher Lloyd

Regelmäßiger Passagier- und Frachtdienst mit eigenen Dampfern
Von BREMEN nach
NORD-AMERIKA u. SÜD-AMERIKA
Vorzügliche Passagier-Einrichtungen für alle Klassen. Amerikaner vorzügliche Verpflegung. Gekühnige Promenadendeck. Heiße Geseiswasserbäder. Beste hygienische und sanitäre Einrichtungen.
Ausblicke, Croquetbahn und Spielbelagung durch:
In Berlin:
Norddeutscher Lloyd, Kuffenbureau, Unter den Linden 1 (Hotel Adlon).
Lloydreisebureau P. Montanus, Invalidenstr. 93.
Transatl. Reise- und Verkehrsbureau, Badischer Straße 5.
Weltreisebureau „Union“, G.m.b.H., Unter den Linden 22.

Patente

Dr. Bogdan, Siedlich 4
Frank-Verein
In 11. St. Siedl. Str. 1.

Schlafzimmer

Geb. Schließf., Abzug, Tisch-, Spielzimmer, Herrenzimmer, Wohnsalon, Küche, elektrifizierte Stühle, Einzelstuhl
Große Auswahl, enorm billige Preise
Wohlfühlhaus
Hans Lennert
Berlin N 54
Schillingstr. 55
a. Rosenhagenstr.
Verkaufszeit 9-6.

Magen

Leiden, schwache Verdauung, Magenbeschwerden werden behoben durch Reichert's **Magenropfen**
Seit 30 Jahren beachtet d. ihre Wirksamkeit. 20, 30, u. 400 in 3. Größen erhältlich in 5. Form
Otto Reichel, Berlin 43
Wittenbergstraße 4.



Allen voran

beim Einkauf von
Brillanten, Platin Gold- u. Silber-Bruch
Uhren, Zahngelissen, Ketten, Münzen, Bestecken die renommierte Firma
Juwelier H. Wiese
Artilleriestraße 30
5 Min. vom Bhl. Friedrichstraße u. Passauer Str. 12
(Ecke Aufzburger Straße)
3 Minuten v. Wittenbergpl. Zoo
Tel.: Norden 1630.

300 Mt. zahlen wir

gegen die Abgabe von
Fische (Stut), Käse, Wenzgen, Bernsteine, Schmelze, Holzstamm, Ratten, Mäuse
zu haben in allen Apotheken u. Drogerien.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Vorbehalt der Montage
Hugo Stübner Gr. Frankfurter Straße 74
am 11. Oktober gestorben ist.
Seine letzten Wünsche:
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Tierparkes und Marienriederhofes in Hahnenfährhaußen, Berlin, statt, aus dem hierige Beerdigungsweg.
Nicht Teilnehmende ersuchen wir, die Beerdigungsweg zu vermeiden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin 51, Lindenstraße 83/85.
Beerdigungsweg, 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr. Telefon: Amt. Norden 888, 894, 895, 900.
Morgen, Donnerstag, 19. Oktober, nachm. 5 Uhr, in Doberfeld, Berlin, 17.

Wollverammlung
aller in den Wagen- u. Karoffel-fabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.
Die Zusammenkunft wird in der Beerdigungsbekanntmachung.
Des Erleidens aller ist Pflicht - Mitteilungsdruck legitimiert.

Achtung! Hausfleischer u. Mitglieder.

Durch Beschluß der Generalversammlung unserer Beerdigungsbekanntmachung vom 15. Oktober 1922 treten ab 20. Oktober 1922 (14. Woche) folgende Totalbeiträge in Kraft:

I. Klasse 15 M.
II. " 10 "
III. " 7 "
IV. " 5 "
V. " 3 "
VI. " 1 " pro Woche.

Das Eintrittsgeld ist durch Beifügung des ermittelten Beitrags zum demselben Zeitpunkt ab mir folgt festgesetzt in der: I. Kl. von letzter 15 M. auf 20 M.

II. " 10 " 20 "
III. " 7 " 10 "
IV. " 5 " 7 "
V. " 3 " 5 "
VI. " 1 " 1 "

Der Gesamtbeitrag beträgt demnach in der:

I. Klasse 55 M.
II. " 40 "
III. " 30 "
IV. " 20 "
V. " 15 "
VI. " 1 " pro Woche.

Achtung! Achtung!
Generalversammlungsdelegierte.
Die Fortleitung der Generalversammlung findet am Sonntag, den 20. Oktober, in der Bauerei Königsplatz statt.
Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß diejenigen Generalversammlungsdelegierten, welche zwei aufeinander folgende Generalversammlungen nicht befechten, mit der bisherigen Legitimationskarte keinen Zutritt haben (§ 12 unseres Statutes).
Die Ortsvereine.

Kriegsanleihe wird zu 8 1/2%, nur gegen Legitimation in Zahlung genommen.

Preise steigen! Eilt sehr!
Neue Eingänge bis 50 Prozent teurer!
Noch billig!!

Prima Pelzmäntel 99 000.- 128 000.-

Biberette-Mohärmantel	29 500, 37 500	Reinwollene Strickjacken . . .	2 700
auf Damastfutter . . .		Katzenjacken, imitiert . . .	9 000
Sealplüschmäntel	26 000	Reinwollene Kammgarn-Kostüme	7 500
Astrachanmäntel	8 750	Gabardine-Kostüme	22 500
Mollige Fiaschmäntel englischer Charakter	7 500	Reinwollene Gabardine-Kleider mit hellen Krimmerbesätzen . . .	12 500
Weiche Fiaschmäntel	5 000	Kammgarn-Röcke	2 850
Persianer-Mohärmäntel in la-Ausführung	22 500		

Westmann

1. Geschäft: Berlin W 8, Mohrenstraße 37a
2. Geschäft: Berlin NO 18, Gr. Frankfurter Str. 115

Ehrlich bedient werden Sie **Richard Herrmann, Wilhelmstr. 89, nahe Potsdamer Pl.**
in der bekannten Goldankaufsstelle von
Gold-Platin-, Silbersachen, Brillanten,
alte Münzen, Zahngelisse, Uhren, Ringe, Ketten usw.
zahle ich unbedingt die realsten und höchsten Tagespreise. Der weiteste Weg zu mir lohnt sich sehr.
Bei Ankauf Fahrgeldvergütung.

Trauringe
Dahld.-Gold, 900 gest.
333-585 gest.
Trauringfabrik G. Alb. Thal,
C 19, Seydelstr. 5, Spittelmarkt.
Zur Beachtung! Wir sind das einzige in Berlin, das sich mit dem Verkauf von Trauringen beschäftigt. Wir sind die einzigen, die Trauringe für Goldschmied.

